Hans Reupke

Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft

Erläuterung
der wirtschaftlichen Programmpunkte
und Ideenlehre
der nationalsozialistischen
Bewegung



Otto Elsner Verlagsgesellschaft m. b. H.
Berlin S 42

Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft

Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft

Von

Dr. Hans Reupke

Rechtsanwalt

Das Blut, welches starb,
beginnt lebendig zu werden.

Alfred Rosenberg
Der Mythus des 20. Jahrhunderts.

Otto Elsner Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin

Druck von Otto Elsner, Berlin S 42

Vorrede.

In neuerer Zeit hat sich ein besonderes Interesse auf das „Wirtschaftsprogramm" des Nationalsozialismus konzentriert. Als solches werden — mehr von Außenstehenden als von den Anhängern der Bewegung selbst — einige Punkte des politischen Programms der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und sonstige Auslassungen bezeichnet, die sich mit besonders brennenden Problemen der Wirtschaftsordnung befassen.

Der Nationalsozialismus in seinem gegenwärtigen Stadium ist ausschließlich politische Aktivität und hat bis jetzt weder Zeit noch Bedürfnis gehabt, sich ausführlicher mit Fragen wirtschaftlicher Natur zu befassen. Das ist erklärlich. Von einer dynamischen Bewegung, die den Blick nur auf ein hohes Ziel gerichtet hat, darf nicht erwartet werden, daß sie nach Art der parlamentarischen Parteien zu aktuellen Fragen in programmatischer Weise Stellung nimmt. Ist mithin die Politik das durchaus Primäre, die Wirtschaft gegenwärtig noch etwas Sekundäres, so sind die Dinge heute doch auf einem Punkt angelangt, wo größere Klarheit auf dem nun einmal angeschnittenen Gebiet der wirtschaftlichen Grundfragen erwünscht erscheint. Die Gefahr, daß Freund und Feind die Bedeutung einzelner Schlagworte nicht erkennen, daß sie andere überschätzen und unter bewußter oder unbewußter Anlehnung an marxistische Gedankengänge und Terminologien aus Bruchstücken ein völlig falsches Bild konstruieren, ist außerordentlich groß.

Die nationalsozialistische Wirtschaftslehre muß aus sich selbst verstanden und entwickelt werden. Ihre Grundzüge enthüllen sich bei genauem Studium mit immer größerer Deutlichkeit, nicht als eine starre Prinzipienlehre, sondern als ein Dogma, das sich langsam aus neuen weltanschaulichen Gesichtspunkten und aus den Erfordernissen der modernen Wirtschaft zu kristallisieren beginnt.

Daran mitzuarbeiten, daß dieses Dogma und seine praktischen Folgerungen in sorgfältiger und behutsamer Weise herausgeschält werden, muß Freude und Pflicht eines jeden sein, den die Gewalt und der Geist der Bewegung erfaßt hat. Daß die Arbeit so, wie sie vorliegt, nichts weiter ist und sein kann als ein Versuch — im einzelnen (Abschnitt V) vielleicht auch eine Diskussionsgrundlage —, fühlt niemand besser als der Verfasser selbst.

Berlin, im Januar 1931.

Hans Reupke.

Inhaltsangabe.

I. Einleitung.

1. Kapitel.

Der Nationalsozialismus als nationale und soziale Bewegung.

Die Reichstagswahlen des 14. September 1930 bedeuten in der Geschichte des Nationalsozialismus und vielleicht auch in derjenigen des deutschen Volkes einen denkwürdigen Einschnitt.

Zum ersten Male ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei aus dem bisherigen Stadium des Kampfes um politische Bedeutung, ja, des Ringens um Beachtung, in das andere des Erfolges und damit der Verantwortung für die deutschen Geschicke eingetreten, und zwar mit bisher unerhörter Machtentfaltung. Damit erwächst aber auch der deutschen Wirtschaft die Verpflichtung, sich über eine Bewegung zu orientieren, deren Ziele nicht einfach zu erkennen sind, weil sie etwas anderes sein will als die Parteien, die bisher in Deutschland auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet tonangebend waren.

Da ist zunächst der Name. Während die marxistischen Parteien den Anspruch darauf erheben, die Bezeichnung „Sozialismus" allein für sich und ihre Ziele zu verwenden, nimmt das Bürgertum und vor allem die Unternehmerschaft an eben diesem Bestandteil des Parteinamens Anstoß und läßt nur den ersten Teil gelten. Nichts ist verkehrter. Es muß einem späteren Kapitel vorbehalten bleiben, den Nachweis zu führen, in welcher perfiden Weise der Marxismus die edle und ursprüngliche Bedeutung des Wortes Sozialismus verfälscht und für seine Zwecke umgedeutet hat. Sozialismus ist eine Bezeichnung, die nichts anderes besagen wollte und bis zum Auftreten von Karl Marx besagt hat, als Gemeinschaftsgeist und Wirken für die Gesamtheit. Der deutsche Sozialismus, der dort wieder anknüpft, wo die Marxisten den Faden abgerissen haben, will die ursprüngliche Bedeutung wieder herstellen und setzt für den Internationalismus der Marxisten den nationalen Gedanken, für die materialistische Weltanschauung den deutschen Idealismus, für den Klassenkampf die Harmonie der Stände, für den Kollektivismus die organisch in das Volksganze eingegliederte Persönlichkeit, für den Gleichheitsgedanken das aristokratische Prinzip.

So erschöpft sich vieles, ja das meiste des deutschen Sozialismus in dem Schlagwort, das der Nationalsozialismus aus seinem Programm mit besonderer Betonung hervorhebt: „*Gemeinnutz vor Eigennutz!*“ und stellt in seinen einzelnen Auswirkungen nichts dar als eine Anwendung dieses einen Leitsatzes. Dieser Satz bezeugt ferner den ethisch-religiösen Charakter der Bewegung, der in wirtschaftlicher Beziehung das entscheidende Gewicht auf die Wirtschaftsgesinnung legt.

Einem so verstandenen Sozialismus gegenüber ist die Einbegreifung des Nationalen eine Ueberflüssigkeit, weil selbstverständlich. Trotzdem hat die besondere Betonung auch ihre besondere Bedeutung. Sie will zum Ausdruck bringen, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit die Bewegung ihr größtes Ziel darin sieht, die seit dem Zusammenbruch verschwundene Sauberkeit, Ehrlichkeit und Selbstlosigkeit im öffentlichen und privaten Leben wieder herzustellen, das niedergebrochene Nationalgefühl des deutschen Volkes aufs neue zu beleben und die furchtbaren Wirkungen des vergangenen Jahrzwölfts durch die nationale Erhebung wieder zu beseitigen. Insoweit ist der Nationalsozialismus die *Zurwehrsetzung des deutschen Menschen gegen den Sinn des Weltkrieges*: gegen seine Unterwerfung unter den westlichen Materialismus und das Jakobinertum, deren Ideenwelten nach dem verlorenen Krieg hemmungslos in Deutschland einbrachen und in schamlosester Weise von ihm Besitz ergriffen.

Dieser Befreiungskampf und -Wille des Nationalsozialismus wird von immer breiteren Volksmassen verstanden und aufgegriffen; ist es doch gerade der bis zur äußersten Konsequenz vorgetriebene nationale Gedanke, dem der Nationalsozialismus einen großen Teil seiner Erfolge zu verdanken hat.

Der großen Menge so gut wie völlig unbekannt oder doch nur in Zerrbildern bekannt sind dagegen die *wirtschaftlichen Ziele* des Nationalsozialismus. Gerade sie sind es, die zu einem starken Maße den eigenartigen Gehalt der Bewegung ausmachen, weil sie über die bestehende Wirtschaftsform des liberalistischen Individualismus hinaus und im Gegensatz zu der marxistischen Kollektivwirtschaft eine neue Ordnung sichern, die zugleich den wirtschaftlichen Gegebenheiten entspricht und den neuen Idealen gerecht wird.

Sie interessieren naturgemäß die Vertreter der Wirtschaft in erster Linie. Der Unternehmer will wissen, in welcher Weise der nationalsozialistische Staat mit seinem Eigentum und seiner wirtschaftlichen Betätigung zu verfahren gedenkt. Der Arbeiter fragt, ob der nationalsozialistische Staat sich seiner berechtigten Belange annehmen

wird oder es darauf anlegt, Verhältnisse wieder heraufzuführen, die in harten Kämpfen glücklich überwunden sind. Die Allgemeinheit hat schließlich ein Interesse, zu erfahren, welche Stellung nach der nationalsozialistischen Anschauung die Wirtschaft im Leben der Nation überhaupt einnehmen soll.

Die Antwort auf alle diese Fragen ist nicht leicht. Sie ist vor allem nicht in wenigen Sätzen zu geben. Die NSDAP besitzt zwar ein Programm, die sogenannten 25 Punkte, das auch einige wirtschaftliche Forderungen aufstellt. An diese Forderungen in ihrer wörtlichen Auslegung halten sich mit Vorliebe diejenigen der Bewegung ferner Stehenden, die mangels anderer Quellen über die wirtschaftlichen Ziele des Nationalsozialismus Aufklärung suchen, oder solche, die bestrebt sind, durch Zerpflückung der „wirtschaftlichen Programmpunkte" die Partei und die Bewegung ins Lächerliche zu ziehen. Die Programmpunkte sind ohne Kenntnis der Entwicklung, welche die Idee in den vergangenen 10 Jahren genommen hat, erheblichen Mißdeutungen ausgesetzt. Es sind hauptsächlich zwei Gründe, die vor einer wörtlichen Anwendung warnen sollten: Es ist selbstverständlich nicht möglich, in fünf oder sechs wenn auch noch so prägnanten Sätzen ein festgefügtes Wirtschaftsprogramm einer Bewegung zu geben, die eine Reihe grundlegender Reformgedanken zu verwirklichen sucht. Zu der Zeit, als das Programm aufgestellt wurde, und noch lange Zeit später lag das Schwergewicht der Bewegung im Politischen, nicht im Wirtschaftlichen; im Propagandistischen, nicht im Programmatischen. Man kann mithin sagen, daß ein ausreichendes Wirtschaftsprogramm überhaupt noch nicht existiert. Ferner ist man zu der Erkenntnis der Schwierigkeit gelangt, einige im Jahre 1920 aufgestellte Programmpunkte als bindende Richtlinien einer die innersten Tiefen der Volksseele aufwühlenden Bewegung zu bezeichnen, die einen dynamischen, nicht den statischen Charakter der alten Parteigruppierungen hat. Die italienische Parallelbewegung des Faschismus hat nach einem mißlungenen früheren Versuch die Programmacherei völlig aufgegeben und später richtigerweise den aktivdynamischen, auf dem Wege der ständigen Vervollkommnung ihrer Ideen fortschreitenden Charakter betont.

Dies bedeutet nun keineswegs, daß man überhaupt resignieren und den Interessenten auf die nahe oder ferne Zukunft verweisen müsse. Es gibt vielmehr ein in den Grundzügen durchaus festliegendes Bild der Wirtschaft, wie sie der Nationalsozialismus sich vorstellt. Nur darf man dieses Bild nicht ausschließlich in einer auf wenige Artikel beschränkten Erklärung suchen wollen, sondern man muß sich die Mühe nehmen, den Kern und das gemeinsame Wesen dieser Artikel heraus-

zuschälen, in die Urgründe der Bewegung hineinzusteigen, um von dort aus vorwärts konstruierend das Gebäude der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung zu errichten.

Man kann zunächst die nationalsozialistische Wirtschaft nicht losgelöst von dem Gefüge des nationalsozialistischen Staates betrachten; denn eines ergibt sich aus dem andern. Die Leitsätze des nationalsozialistischen Staatsgedankens werden sich mehr oder weniger auch in denen der nationalsozialistischen Wirtschaft widerspiegeln. Die großen Gedanken der nationalen Einheitlichkeit, des Dienstes am Volke, der Autorität und Disziplin müssen sich auch in der Wirtschaftslehre finden. Kann man hierin die Maximen einer allgemeinen europäischen Bewegung sehen, deren Wesen die große ideelle Erneuerung, die Aufrichtung eines neuen kategorischen Imperatives ist, so treten daneben die Besonderheiten, die durch die Eigentümlichkeiten der deutschen Verhältnisse bedingt sind. Sie werden sich schwerer feststellen lassen, weil sie schon in das Gebiet der praktischen Staats- und Wirtschaftspolitik hinübergreifen, und hier nur Taten, nicht Programme ein Urteil verschaffen können. Aus diesem Grunde werden wir uns im folgenden in erster Linie mit dem großen und bleibenden Ideengehalt der Bewegung, reflektiert auf unsere deutschen Verhältnisse, zu befassen haben.

Um diesen Gehalt richtig zu erfassen, sind geschichtliche Rückblicke und Vergleiche von großer Wichtigkeit. Ohne einer aus verschiedenen Gründen nicht möglichen Uebertragung das Wort reden zu wollen, wird man die Verwirklichung betrachten müssen, welche eine gerade im Wirtschaftlichen starke Parallelen aufweisende Bewegung im faschistischen Staat gefunden hat. Die Aufmerksamkeit hat sich ferner auf die wirtschaftlichen Struktur- und Ideenwandlungen zu richten, die das Herannahen der neuen Epoche ankünden. Es ist überaus bezeichnend, daß eine der Bewegung an sich fernstehende Literatur auf sie von gewissem Einfluß ist oder doch ihre Gedankenrichtung in überraschend treffender Weise vorgezeichnet hat, wie z. B. die bekannten Schriften des Amerikaners Henry Ford und Schriften und Reden deutscher Wirtschaftsführer aus der ersten Nachkriegszeit.

Die amtliche und halbamtliche Literatur des Nationalsozialismus ist selbstverständlich nicht zu übergehen. Gerade in neuerer Zeit sind beachtliche Ausführungen zur Wirtschaftsfrage ergangen. Als autoritative Quelle muß ferner die zweibändige Lebensbeschreibung Hitlers: „Mein Kampf" bezeichnet werden. Sie spricht allerdings nur im Vorübergehen von der Wirtschaft, stellt indes in einigen knappen Bemerkungen Leitsätze auf, mit denen sich jeder verantwortungsbewußte Wirtschaftler, Unternehmer wie Arbeitnehmer,

einverstanden erklären kann. Mehr oder weniger von den Bedürfnissen des Augenblicks oder der persönlichen Einstellung zu der einen oder andern Frage beeinflußt sind die gelegentlichen Aeußerungen einzelner Führer, sei es in der Presse oder in der rednerischen Propaganda. Erst wenn man alle diese Elemente, deren Zusammentragung und Ueberblickung gegenwärtig in Deutschland noch erhebliche Schwierigkeiten macht, vereinigt und ihrem Werte nach zu würdigen versteht, kann man den Versuch unternehmen, ein zutreffendes Bild dessen zu geben, was der Nationalsozialismus in wirtschaftlicher Beziehung unternehmen muß und wird, wenn er seine Rolle erfüllen will: den Ideen Form zu geben und ein freies Feld zu öffnen, welche die Reformation und Regeneration des modernen wirtschaftlichen Denkens und Handelns in Deutschland herbeiführen sollen. Wie ungeheuer schwer aber die Aufgabe ist, in einem im Niedergang befindlichen, nur noch vom aufgespeicherten ideellen und materiellen Reichtum vergangener Generationen lebenden Volke die Kräfte der Erneuerung zu finden, zu erwecken und zur Arbeit anzusetzen, das vermögen wir heute kaum zu ahnen. Die Meinung erscheint berechtigt, daß sie nur durch eine das deutsche Volk in seinen Tiefen aufwühlende, seine auseinanderfallenden Teile wieder unter einer einheitlichen Idee zusammenschweißenden Revolution gelöst werden kann.

II. Die Bewegung.

2. Kapitel.

Niedergang und Erneuerung.

Es ist eine offene Rede, daß wir uns in einer Auflösungszeit befinden, wie sie nur mit jener andern zu vergleichen ist, die beim Beginn der großen französischen Revolution den Niedergang der feudalen Ordnung kennzeichnete. Ihr Merkmal sind die schweren Krisen, von denen die europäischen Nationen geschüttelt werden, und die uns auch deswegen so schwer treffen, weil keine lebendigen Kräfte und kein Wille zur Abwehr mehr vorhanden sind.

Die Krise ist eine geistige so gut wie eine materielle. In staatspolitischer Beziehung tritt zutage, daß das demokratisch-parlamentarische System, seines Gegenpoles der Monarchie beraubt, sich in seinen Wirkungen überschlagen hat und dadurch in vollkommenen Mißkredit geraten ist[1]. In die entsprechende Krise ist das wirtschaftliche Denken geraten: der ökonomische Liberalismus und Individualismus, welche die Industrie von ihren Anfängen an begleiteten, haben ebenfalls das Gesetz des Alterns erfüllt. Sie vermögen in der Zeit des Spätkapitalismus, in die wir eingetreten sind, ihrer Aufgabe nicht mehr so nachzukommen, wie dies im Interesse der Allgemeinheit für notwendig erachtet werden muß. Solange die Mittel der Bedürfnisbefriedigung hinter den gestellten Ansprüchen zurückblieben und der Bevölkerungsüberschuß glatt resorbiert wurde, stand dem ungehemmten Ausdehnungs- und Erwerbsbetrieb das Feld offen. Diese Bewegung ist nunmehr allen Augen sichtbar zum Stillstand gekommen. Der ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise kann nicht mehr mit den üblichen Erklärungen und Heilungsmitteln zu Leibe gegangen werden. Sie ist das Zeichen des Zusammenbruchs der individualistischen Wirtschaftsform, genauer, ihrer über alle Begriffe gesteigerten Produktion und

[1] Vergl. hierzu bes. Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, Duncker u. Humblot, München 1926.

der zügellosen Konsumanreizung. Heute kann nur eine planmäßig ordnende Hand und eine Umkehr der Wirtschaftsgesinnung der entstandenen Verwirrung steuern. Die offenkundigen und anerkannten Schäden des individualistischen Liberalismus sind durch den Marxismus nicht gemildert, sondern nur verschärft worden, weil er sich nicht als Verbesserer, sondern Nutznießer und sogar Vollender dieses Systems aufführt und zu den bestehenden Schwierigkeiten neue hinzufügt. Die beiden großen Gegenspieler Kapitalismus und Marxismus haben es in ihrer gegenseitigen erbitterten Bekämpfung — in Deutschland wenigstens — fertiggebracht, die Wirtschaft an den Rand des Ruins zu bringen.

Nicht zu vergessen ist schließlich die kulturelle Krise, wie sie in der Verwilderung der völkischen und sittlichen Anschauungen, besonders in Literatur, Theater und Presse, aber auch im täglichen und geschäftlichen Verkehr, zutage tritt: ein Zustand, für den der Nationalsozialismus bekanntlich in erster Linie den zersetzenden Einfluß der nicht assimilierbaren rassefremden Elemente, insbesondere der Juden, verantwortlich macht.

Zu diesen generellen Merkmalen, die in der einen oder andern Abwandlung in den verschiedenen europäischen Nationen zutage getreten sind, kommen in Deutschland noch einige besondere, hervorgerufen durch den verlorenen Krieg und die verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik. An erster Stelle ist die schwere Krankheit des Nationalgefühls zu nennen, die sich in innenpolitischer Verfolgung alles dessen, was den wertvollen Gehalt der vergangenen Epoche ausmacht, in einer beispiellosen außenpolitischen Würdelosigkeit und allgemein in der Herrschaft der Minderwertigkeit und Mittelmäßigkeit äußert. Hinzu kommt der schwere geistige und materielle Druck der Tribute und schließlich die untragbare Belastung der Wirtschaft durch immer gesteigerte Steuern und Soziallasten.

Es wäre aber ein trauriges Unterfangen, lediglich die Verfallzeichen festzustellen, ohne irgendwo Erneuerungssymptome entdecken zu können. Sind Kräfte vorhanden, die bereit sind, die Erneuerung zu unternehmen, unter welchen Zeichen soll diese Erneuerung vor sich gehen, und wo sind diese Kräfte zu suchen?

Es ist notwendig, die gegenwärtige Lage einmal vom entwicklungsgeschichtlichen Gesichtspunkt zu prüfen. Es ist bereits angedeutet worden, daß die politischen und wirtschaftlichen Ideale unserer Epoche ins Wanken geraten sind. In hundertjährigem Gebrauch sind sie abgenutzt und verschlissen. Das Pendel der Entwicklungsgeschichte holt zum neuen Schlage aus. Eine Umwälzung größten Ausmaßes ist in einem erheblichen Teil von Europa schon in vollem Gange. Sie ist

in folgendem zu erblicken: Was als Kommunismus, Bolschewismus, Nationalsozialismus, Faschismus mit so verschiedenen Ursprüngen und Zielen aufsteht, hat einen großen gemeinsamen Nenner: die Niederwerfung der alten westlichen Ideale, den verzweifelten Kampf gegen die kapitalistische Verproletarisierung und die Errichtung neuer politischer, kultureller, wirtschaftlicher Gesetzestafeln. Der Inhalt dieser Tafeln stimmt manchmal überein, zum größten Teil sind sie aber grundverschieden. Wir sehen überall eine Erneuerung des Staatsgedankens, und zwar fort von der demokratischen Zerbröckelung nach der Richtung des omnipotenten, von einer Elite oder einem Cäsar beherrschten Staates, die Suprematie des Staates über die Wirtschaft, die Hervorkehrung der werteschaffenden Produktion als der wichtigsten Aufgabe der Volksgenossen.

Verschieden sind vor allem die Kräfte, die diesen Zustand herbeiführen oder herbeiführen wollen. In Rußland erleben wir die nackte Diktatur der Industriearbeiterschaft, tatsächlich ausgeübt durch eine kleine Schar ehemaliger Revolutionäre, unterstützt von einem an Zahl lächerlich geringen, jedoch den aktiven Teil der ungeheuren Volksmasse darstellenden Gefolge. In Italien sehen wir ein Zusammenwirken von bestimmten Teilen der Arbeiterschaft, die von Sozialismus und Syndikalismus herkommen, mit dem nationalistischen Bürgertum und konservativen Großgrundbesitzern und Großindustriellen, zusammengeschweißt durch einen straffen Parteiapparat und den eisernen Willen eines überragenden Führers.

Der deutsche Nationalsozialismus, parteimäßig zusammengesetzt aus etwa 60 Prozent Arbeiterschaft und 40 Prozent Kleinbürgern und mittlerem Bürgertum (in der Wählerschaft dürfte das Verhältnis mindestens umgekehrt liegen), in sich die Kräfte des deutschen Volkes und besonders der Jugend vereinigend, die zu Opfer und Wagnis für eine bessere deutsche Zukunft bereit sind, ist in seiner Zusammensetzung nicht so heterogen. Alle Kreise, die er vereinigt, werden in wirtschaftlicher Beziehung von entweder antikapitalistischen oder doch mindestens antimaterialistischen Impulsen getrieben. Während die ersteren von geringem Ausbauwert sind, weil sie auf einer bloßen durch Verarmung und Arbeitslosigkeit entstandenen Verbitterung beruhen, liegen in den letzteren Momente von nicht zu unterschätzender Bedeutung; ja, man kann den Antimaterialismus sogar als einen der entscheidenden geistigen Faktoren des Nationalsozialismus ansehen. Handelt es sich doch darum, nicht den Kapitalismus zu stürzen, der nach Mussolinis Worten noch einige Jahrhunderte vor sich hat, sondern ihm den mammonistischen Giftstachel zu nehmen und ihn mit dem neuen Gemeinschaftsgeist zu erfüllen. Bekämpft der

Nationalsozialismus den wirtschaftlichen Individualismus, so trifft er damit die Selbstsucht, nicht — was gerade in Unternehmerkreisen oft übersehen wird — die schaffende Persönlichkeit, die er im Gegenteil hoch einschätzt. Zieht er gegen den Kapitalismus zu Felde, so versteht er darunter nicht das gegenwärtige System der Verkehrswirtschaft, sondern seine Auswüchse, insbesondere das Vorwiegen des Finanzinteresses in der Produktion.

Mit andern Worten: Faschismus und Nationalsozialismus, die auf wirtschaftlichem Gebiet viel Gemeinsames haben (weswegen mit der nötigen Vorsicht ein Schluß von einem auf den andern möglich ist), sind bemüht, der europäischen Wirtschaft an Stelle der bisherigen verbrauchten eine neue Ideologie zu geben. Ueber diese Ideologie und ihre Herkunft wird im folgenden zu sprechen sein.

3. Kapitel.

Die neuen Ideale.

Staat und Wirtschaft stehen in innigen, unauflösbaren Wechselbeziehungen. Beide werden stets von einer einheitlichen Idee beherrscht; fällt diese Idee an der einen Stelle, so bedeutet es, daß sie sich an der andern nicht lange mehr zu halten vermag. Auf den Zusammenhang zwischen der politischen Demokratie und dem wirtschaftlichen Liberalismus ist bereits hingewiesen worden. Sie haben dem 19. Jahrhundert den Stempel aufgedrückt und neigen nun gemeinsam sich dem Untergange zu. Ihr Freiheitsprinzip, bestehend in der ständigen Ausweitung der individuellen Rechtssphäre gegenüber dem staatlichen Machtbereich, hat abgewirtschaftet und wird ersetzt durch das entgegengesetzte Prinzip der Autorität, das seine Epoche antritt. Wohin dieses Prinzip in staatlicher Beziehung führt, können wir am faschistischen Staatswesen bereits in einer tatsächlichen Auswirkung verfolgen. Volkssouveränität und Parlamentarismus als die Stützen des demokratischen Systems werden beiseite geschoben. Wir erleben ein Vorrücken des reinen Staatsgedankens im Gegensatz zu den den Individualismus interpretierenden Verfassungsformen.

Nach faschistischer Lehre, die wir als praktisches und konsequent durchgeführtes, aber keineswegs schematisch auf deutsche Verhältnisse zu übertragendes Beispiel heranziehen wollen[2]), ist nicht mehr das Individuum die Zelle des staatlichen Lebens und Teilhaber

---

[2]) Vergl. meine Schrift: Das Wirtschaftssystem des Faschismus, S. 17.

an der Souveränität. Der Volk und Nation auflösenden („atomistischen") Auffassung des Liberalismus setzt die neue Bewegung ihre Lehre vom einheitlichen Staat entgegen, wobei das Individuum und seine kollektiven politischen Erscheinungsformen, die Parteien, untergehen in der einzigen staatlichen Gemeinschaft. Nach dem faschistischen politischen Kanon, der Carta del Lavoro, ist die italienische Nation „ein Organismus, der höheres Leben, höhere Ziele und Aktionsmittel besitzt als die Individuen oder die Gruppen von Individuen, aus denen sie besteht. Sie ist eine moralische, politische und wirtschaftliche Einheit, die sich in dem faschistischen Staat vollständig verwirklicht". Sie ist nach anderer Aeußerung eine sich von Generation zu Generation erneuernde Realität, beruhend im Willen und Bewußtsein der Bürger; das Volk (als die Zusammenfassung der Volksgenossen) ist nicht eine gehaltlose Masse, sondern sich stets erneuerndes, der nationalen Energie ständig neue Kräfte zuführendes menschliches Leben, und zu gleicher Zeit produktive, national organisierte Kraft. Aus dieser um die treffende Definition ringenden Sprache hebt sich mit genügender Klarheit eine neuartige Auffassung des Verhältnisses zwischen Individuum und Staat hervor. Sie entkleidet die Einzelpersönlichkeit des Nimbus, den ihm die demokratische Staatslehre gegeben hat, und die letzten Endes über Liberalismus und Sozialismus durch ständige Erweiterung der individuellen Freiheitssphäre und Versorgungsansprüche zur Auflösung des Staatslebens geführt hat. Sie ordnet das Individuum einem ins Metaphysische und Irrationale verlegten Herrscher unter: dem Staat, der als Phönix aus seiner Asche zu neuer Kraft geboren ist. „Alles für den Staat, nichts außerhalb des Staates, nichts gegen den Staat." Souverän ist der Staat, nicht das Volk; die sichtbaren Träger der Souveränität sind nicht die Wählermassen, sondern die drei sichtbaren Verkörperungen des italienischen nationalen Lebens: die Krone als Repräsentantin und Hüterin der historischen Kontinuität der Nation und des Staates; die faschistische Partei als Organ der politischen Einheit der Nation und politische Bildungsanstalt der sich aus der gesamten Bevölkerung rekrutierenden neuen Führerschicht; der korporative Staatsaufbau, Organ der wirtschaftlichen Einheit und der beruflichen Gliederung der nationalen Gesellschaft.

Das Individuum ist in erster Linie mit Pflichten gegenüber der Gemeinschaft belastet, deren vornehmste die Pflicht zur sozialen Arbeit ist; nur als nützlicher Produzent hat es Anspruch auf den Schutz des Staates und genießt die staatsbürgerlichen Rechte. Der faschistische Staat ist, was aus seiner wirtschaftlichen und politischen Verfassung klar hervorgeht, ein Produzentenstaat.

Das **Führerproblem** wird auf folgende Weise gelöst: Die zur Führerschaft berufene Elite bildet sich im freien Spiel der Kräfte des nationalen Gesamtkörpers; sie wird dargestellt durch die faschistische Partei — den staatenbildenden und staatserhaltenden Männerbund A. Rosenbergs[3]). Es gibt keine Auslese und Willensbildung durch Wahl, Diskussion und Abstimmung; diese Methoden des Parlamentarismus sind aus dem staatlichen, zum größten Teil auch aus dem korporativen Leben Italiens entschwunden; an ihre Stelle sind die Begriffe Disziplin, Autorität, Hierarchie getreten. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, wieweit der hier zum Ausdruck kommende Gedanke der absoluten Diktatur sich für das deutsche Volk eignet. Worauf es ankam, war, einmal die konkrete Anwendung von staats- und gesellschaftspolitischen Anschauungen zu zeigen, die auch im Nationalsozialismus einen Widerhall gefunden haben.

Nach der **Wirtschaftsseite** hin hat auch nach nationalsozialistischer Ansicht der Grundsatz der Oberherrschaft des Staates über die Wirtschaft das Verhältnis beider zu bestimmen. Ein unmöglicher Gedanke, wenn man ihn in Deutschland vom gegenwärtigen Klassenstaat aus verfolgen wollte und die Wirkungen betrachtet, die das Bestreben der herrschenden Sozialdemokratie hervorgebracht hat, durch Einmischung der öffentlichen Hand in die Wirtschaft den Staatssozialismus herbeizuführen. Auf der andern Seite dürfte es schwer sein, die Staatsintervention — über die Form wird noch zu sprechen sein — gänzlich hintanzuhalten, weil es nicht mehr möglich erscheint, das Dogma der prästabilierten Harmonie der freien Wirtschaft beizubehalten und die Entwicklung der Dinge auf wirtschaftlichem Gebiet durch die Methoden des zuschauenden Liberalismus zu meistern. Besonders sind es folgende Symptome, die eine Abkehr von diesen Methoden begründen:

1. die krisenhafte Natur der nachkriegszeitlichen Wirtschaftsentwicklung, deren konjunkturelle und strukturelle Wandlungen vom einzelnen nicht mehr übersehen und überwunden werden können, besonders das Arbeitslosenproblem;
2. der durch die übermäßige Differenz zwischen Produktions- und Aufnahmekapazität ins Riesenhafte gesteigerte Wettbewerb, dessen Ausmaße die ihm zugeschriebene regulierende Kraft eingebüßt haben und zu einer untragbaren Verlustquelle der Privat- und Volkswirtschaft geworden sind;

[3]) Vergl. S. 26.

3. das zunehmende Erstarken der außerhalb des Staates stehenden Mächte und die daraus entstehende Zuspitzung des sozialen Kampfes.

Einen weiteren Beweis für die Notwendigkeit staatlichen Eingriffs bilden die Ansätze einer organisierten Selbsthilfe der Wirtschaft und die tatsächlich schon bestehende interventionistische Politik, der nur die im folgenden zu erörternden Vorbedingungen zur Erzielung eines Erfolges fehlen.

Wenn man bei uns von Wirtschaftsseite sich scheut, den Begriff und die Notwendigkeit einer planmäßigen Wirtschaftspolitik anzuerkennen, und ablehnt, auf das einzugehen, was von Regierungsseite als solche angeboten wird, so hat das seine guten Gründe. Die Mobilmachung der Staatsgewalt für Eingriffe in die Wirtschaft steht unter zwei unabänderlichen Voraussetzungen:

1. dem voraussetzungslosen Herantreten an die wirtschaftlichen Probleme;
2. dem Vorhandensein einer starken und keinem Sonderinteresse unterworfenen Regierungsmacht.

An beiden mangelt es bei dem heute zur Herrschaft in Deutschland berufenen demokratisch-parlamentarischen System mit marxistischen Tendenzen.

Die politisch am Ruder befindliche Sozialdemokratie bekennt sich offiziell zu einem Phantom, das vor einigen 60 Jahren ein destruktiver Geist aus den überwundenen Mißständen des Frühkapitalismus geformt hat. In ihrer gegenwärtigen Zielsetzung nimmt die Umleitung der Substanz der Wirtschaft aus der privaten Regie in das hoffnungslos durchlöcherte Faß der öffentlichen Hand einen breiten Raum ein. Dies bedeutet eine Umwälzung der bestehenden Verhältnisse nach politischen und doktrinären Zwecken mit durchaus zweifelhaftem Erfolg. Eine das scharfe Instrument des Interventionismus handhabende Staatsmacht muß sich aber objektiv auf den Boden der naturgegebenen Wirtschaftsverhältnisse stellen, darf weder zu der einen noch zu der andern Seite halten und muß jede Maßnahme daraufhin prüfen, ob sie der Wirtschaft als solcher nützlich ist. Jeder auf ein doktrinär festgelegtes Ziel lossteuernde Interventionismus wird da enden, wo die Sowjetwirtschaft steht. Die Aufgabe hat vielmehr darin zu bestehen, die Realitäten zu erfassen, Hindernisse aus dem Wege zu räumen und Auswüchse zu beschneiden, Katastrophen zu verhüten, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und zu leiten; alles zwar im Rahmen eines gewissen Programms, jedoch ohne eine tendenziöse Zukunftspolitik zu treiben und stets den Satz vor Augen, daß menschliche Voraussicht und menschliches Handeln in die Irre gehen können.

Der lange Jahre undoktrinär und rein empirisch vorgehende Faschismus bietet ein schönes Beispiel, wie erfolgreich ein solches Verfahren sein kann.

Die andere Vorbedingung liegt darin, daß nur eine stabile und unabhängige Regierungsgewalt — der starke Staat — wagen darf, mit Aussicht auf Erfolg die Zügel einer interventionistischen Politik in die Hand zu nehmen. Das demokratisch-parlamentarische System mit seiner allen Zufälligkeiten ausgesetzten Willensbildung, seinen wechselnden Regierungsmännern und -mehrheiten und seinen lahmen Verantwortlichkeiten ist für eine aktive Wirtschaftspolitik eine ungeeignete Grundlage. Es mag die ganz brauchbare Luxuseinrichtung einer auf allen Gebieten im Gleichgewicht befindlichen Nation sein; wie der Liberalismus der erfreuliche Ausdruck einer sich entwickelnden und über Raum verfügenden Wirtschaft ist. Diese Zeiten sind vorbei. 1914 ist die tragische Epoche unserer Geschichte angebrochen, in der die Demokratie ein schlechter Führer geworden ist.

Mit aus diesen wirtschaftlichen Ueberlegungen — wenn auch keineswegs ausschließlich aus ihnen — schöpft der Nationalsozialismus seine Forderung des radikalen politischen Systemwechsels und der Reform des staatlichen Aufbaues. Die Verbindung von Wirtschaft und Staat sucht er auf eine besondere Weise herbeizuführen, die von merkantilistischer Wirtschaftsförderung ebenso weit entfernt ist wie von marxistischer Kollektivwirtschaft: durch die berufsständische Gliederung. Mit der Einführung der staatlich sanktionierten Organisation ist die Wirtschaft reif für weitgehende Selbstverwaltung, da sie ja ein Teil des Staates selbst geworden ist. Jeder Produzent ist Mitglied seiner Berufsgruppe, die wiederum in die großen Kategorien der Industrie, Landwirtschaft, des Bankwesens, des Transportwesens usw. zusammengefaßt werden. Die Pyramide des ständischen Aufbaues gipfelt in der ständischen Wirtschaftskammer, die im Zusammenwirken mit der Regierung die allgemeinen Richtlinien der Produktion festlegt.

Man wird fragen, wozu die Wirtschaft ihre bisherige Freiheit und Elastizität aufgeben und sich in die Fesseln des Ständestaates begeben soll. Die Antwort ist zum Teil schon gegeben: Die Notwendigkeit liegt in dem geschilderten Bedürfnis nach einer Organisation der Produktion. Erst die staatlich sanktionierte Organisation macht es möglich, die bürokratische Staatsintervention durch das Medium der Selbstverwaltung statthaben zu lassen und unmittelbare Eingriffe auf ein Mindestmaß zu beschränken. Zum andern, vorläufig beinahe wesentlicheren Teil aber muß der Ständestaat dazu berufen sein, den Klassenkampf aufzuheben, der in der Neuzeit derartige Ausmaße an-

genommen hat, daß er Wirtschaft und Staat zu vernichten droht. Es wird zu den Aufgaben des nationalsozialistischen Staates gehören, die Harmonie unter den Produzenten herbeizuführen, sie ihre gleichgerichtete Interessenlage erkennen zu lassen, und sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, für das Wohl der Allgemeinheit tätig zu sein und weder dem ausschließlichen Gewinnstreben noch dem übertriebenen Versorgungssinn nachzuhängen.

Diese Dogmen, die hier nur angedeutet sind, und deren nähere Darstellung auf einen der folgenden Abschnitte verschoben werden muß, sind keine gänzlich neuen. Sie sind die gradlinige Fortsetzung der Ideen von philosophischen Schulen, die zu Anfang des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland wie in Frankreich blühten und dort unter dem Namen der Romantiker und der Saint-Simonisten eine gewisse Rolle spielten, nach einiger Zeit aber gänzlich der Vergessenheit anheimgefallen waren. Die tragenden Gedanken des wirtschaftlichen Faschismus und Nationalsozialismus sind schon alle in mehr oder weniger genauer Ausprägung in den Schriften jener Schulen enthalten. Die Impulse, die vom Individualismus ausgingen, waren jedoch zunächst stärker und unterdrückten jene andere ihm entgegengesetzte ökonomische Soziologie. Heute ist sie von den staatlichen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten wieder an die Oberfläche getrieben worden.

In der modernen Wissenschaft hat sie, abgesehen von den neueren italienischen Schriftstellern und der universalistischen Lehre des Wiener Professors Othmar Spann, eine Neubelebung noch nicht gefunden. Die Wiedererweckung ist vielmehr von den Politikern und Praktikern ausgegangen. Gerade die deutsche Volkswirtschaftslehre, gänzlich befangen im Streit für und wider Marx, häuft Bücher auf Bücher, in denen das absurde Problem der kollektivistischen Wirtschaftsgestaltung von allen Seiten behandelt und beleuchtet wird; sie hat es aber gänzlich unterlassen, die Frage der Wirtschaftsordnung einmal von einem ganz andern Gesichtspunkt als dem des ihr von den Marxisten aufgezwungenen Gegensatzes Kapitalismus—Sozialismus zu betrachten. Das ist eine Unterlassungssünde, die sich aus der üblich gewordenen Blickrichtung zwar erklären, aber nicht völlig entschuldigen läßt. Für den Nationalsozialismus ist der heute noch übliche Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus ein Spiel mit Worten und Begriffen, dem er sich nicht beugt. Seine Wirtschaftsordnung wird kapitalistische Merkmale aufweisen so gut wie sozialistische; aber sie wird sich deswegen nicht zu der einen noch zu der anderen Richtung rechnen. Kollektive oder individuelle Wirtschaftsführung sind ihm keine Glaubenssätze, und maßgebend ist ihm allein

das, was dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft als Ganzem frommt.

Es hilft nichts, als mit vollkommener Unbefangenheit an die neuen Dogmen heranzutreten und von Grund auf ein neues Gebäude der sozialen Oekonomie zu errichten. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, den Gehalt der großen europäischen Bewegung, von der der Nationalsozialismus ein Zweig ist, voll auszuschöpfen, statt am Aeußeren zu kleben und die großen, dem Jahrhundert die Richtung weisenden Gedanken nicht zu erkennen. Die Folge ist ein verständnisloses, sogar von Vorurteilen nicht freies Beiseitestehen, wo es gerade der unvoreingenommenen und selbstlosen Mitarbeit der intellektuellen Kreise bedürfte, um die Bewegung voll zu befähigen, zum Besten des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft zu wirken.

Soll es — neben den nationalpolitischen Zielen — die historische Mission des Nationalsozialismus bleiben, als Bahnbrecher der großen Ideen des kommenden Jahrhunderts zu wirken und ihre Nutzbarmachung für Deutschland zu verfolgen, so legt ihm diese Aufgabe schwere Pflichten auf. Er darf die dynamische Bewegung nicht erstarren lassen noch vom Wege abweichen, weder sich einem doktrinären Formalismus noch einer unklaren Phantastik ergeben, sondern muß immer vorwärts streben, suchend und verbessernd sich bemühen. Seine einzige Triebkraft müssen die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten bilden.

III. Die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei".

4. Kapitel.

Ursprung und Wesen der Partei.

Die NSDAP ist entstanden aus dem brodelnden Hexenkessel des Jahres 1919, der neben den sozialistisch-kommunistischen Trieben eine Reihe von andern politischen und wirtschaftlichen Reformideen entfesselte, welche ihren Sitz in einzelnen Köpfen und kleinen wie größeren Bünden fanden.

Hitler gibt in seinem Buch „Mein Kampf" eine lebendige Schilderung davon, wie ihn nach dem Zusammenbruch die Empörung über die nationale Würdelosigkeit übermannte, mit der die Sozialdemokratie ihre Herrschaft in Deutschland antrat, und wie er aus dem zufälligen Zusammentreffen mit einem Arbeiterverein (der damaligen „Deutschen Arbeiterpartei") die Idee eines nationalen Sozialismus als diejenige schöpfte, der er seine Tätigkeit und sein Leben zu widmen unternahm.

Es ist von Interesse und notwendig, den Lebenslauf des Mannes kennenzulernen, der die NSDAP von kleinsten Anfängen bis zu ihrer heutigen Machtentfaltung geführt hat[4]).

Adolf Hitler wurde 1889 in Braunau am Inn als Sohn eines Zollbeamten geboren, der Staatsangehörigkeit nach Oesterreicher, dem Blute nach zum niederbayerischen Stamm gehörend. Hitler war erst wenige Jahre alt, als sein Vater in das deutsche Passau auf die österreichische Zollstation versetzt wurde, von wo er kurze Zeit später nach Linz kam, um dort frühzeitig in Pension zu gehen und sich in der Nähe des österreichischen Marktfleckens Lambach ein kleines Gut zu kaufen, das er selbst bewirtschaftete. Hitlers Vater war ein unruhiger, unsteter Geist, Sohn eines armen

[4]) Ich folge einer Lebensbeschreibung von Dr. Detig in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".

kleinen Häuslers; er lief als junger Bursche mit drei Gulden Wegzehrung von zu Hause fort, nach Wien, um ein Handwerk zu lernen, das ihn nicht befriedigte; nach 23 Jahren gelang es ihm glücklich, kleiner Beamter zu werden. Der Sinn seiner Mutter war ganz auf den Hausstand gerichtet, auf die Erziehung der Kinder, die es trotz der engen Verhältnisse zu etwas bringen sollten.

Adolf Hitler selbst besuchte die Oberrealschule bis zu seinem dreizehnten Lebensjahr. Nach dem Willen seiner Eltern sollte er studieren und Beamter werden. Hiergegen sträubte er sich mit einer Energie, die seine Eltern schließlich zum Nachgeben brachte. Er wollte Maler werden, aber erst auf Grund eines schweren Lungenleidens durfte er die Realschule verlassen und die Akademie besuchen. Als er dreizehn Jahre alt war, starb sein Vater und zwei Jahre später seine Mutter. Von diesem Tage an erhielt seine Entwicklung einen scharfen Knick, der ausschlaggebend für ihn geworden ist. Mit einem Koffer mit Kleidern und Wäsche fuhr er nach Wien und fiel bei der Aufnahmeprüfung in die dortige Malerakademie durch mit der Begründung, daß seine Fähigkeiten vornehmlich auf dem Gebiet der Architektur lägen. Zu einer Prüfung für die Bauakademie kam es nicht mehr. Durch den Tod seiner Eltern sah sich Hitler gezwungen, sofort sich selbst sein Brot zu verdienen.

Es folgten fünf Jahre voll Elend und Jammer, ausgesprochene Hungerjahre. Hitler wurde Hilfsarbeiter und später kleiner Tüncher, arbeitete auf zahllosen Baustellen und löste sich sozial vollkommen von seiner bisherigen Welt, in der er aufgewachsen war. In den Jahren 1909 und 1910 verbesserte sich sein Los insofern, als er sich als selbständiger kleiner Zeichner und Aquarellist durchzuschlagen vermochte, wenn auch gegen kümmerlichen Lohn, immer noch in der Hoffnung, einmal Architekt werden zu können. Im Jahre 1912 siedelte er, 23 Jahre alt, endgültig nach München über, nach der Stadt, die schon immer der Traum seiner Jugend gewesen war. 1914, während der Mobilmachung, trat er mit voller Absicht nicht in die österreichische, sondern in die bayerische Armee ein. Zum erstenmal sieht er den Rhein, als er mit den Freiwilligen des Regiments List in die Flandernschlacht fährt. Hitler hat den ganzen Weltkrieg als Infanterist mitgemacht, wurde am 7. Oktober 1916 in der Sommeschlacht schwer verwundet, kam dadurch zum erstenmal zurück nach Deutschland, ins Lazarett nach Beelitz bei Berlin, und auf dem Umweg über das Ersatzbataillon in München Anfang März 1917 wieder zu seinem Regiment an die Westfront. Im September 1918 kommt er zum drittenmal an die Ypernfront. Am 14. Oktober 1918 erhält er südlich von Wervick an der Yser eine schwere Gasvergiftung und kommt nach Pasewalk in

Pommern ins Lazarett, wo er die Revolution erlebt. Es war eine Gelbkreuzvergiftung, die ihn längere Zeit blind machte, und ihm die Möglichkeit nahm, später wieder den Beruf eines Zeichners zu ergreifen.

Im November 1918 kehrt Hitler nach München zurück, und nun beginnt seine politische Laufbahn, an die er erstmals im Jahre 1917 gedacht hatte, aus Empörung darüber, daß seinem Gefühl nach der Krieg von Deutschland aus nicht energisch genug geführt und im Innern nicht streng genug durchgegriffen wurde. Es kommt seine Bekanntschaft mit Gottfried Feder, der dann die Grundlagen eines Parteiprogramms entwirft. Hitler wird im Frühjahr 1919 „Bildungsoffizier" in der Reichswehr, er hält Kurse und Vorträge bei den Mannschaften ab; in dieser Eigenschaft soll er einen Abend der neu gegründeten „Deutschen Arbeiterpartei" besuchen, um über deren Ziele dienstlichen Bericht zu erstatten. Er entschließt sich dann bald selbst für die Partei, in der er ein geeignetes Wirkungsfeld für seine Ideen und Ziele sieht. Hitlers provisorischer Mitgliedsschein trug die Nummer 7. Er ist das siebente eingeschriebene Mitglied und reißt sehr bald die Führung an sich. Am 24. Februar 1920 findet die erste öffentliche Massenkundgebung der jungen Bewegung in München statt, die Erfolg hat und zum erstenmal die Aufmerksamkeit auf Adolf Hitler lenkt.

Dieser äußere Ablauf von Adolf Hitlers Leben bis zum Eintritt in die Politik läßt erkennen, daß er in zwei verschiedenen Welten aufgewachsen ist, daß er mitten in seinen Bildungsjahren gewaltsam von der einen in die andere versetzt wurde, und daß dieser scharfe Bruch in seinem Leben entscheidend für seine Laufbahn geworden ist. Als Knabe begeistert er sich an dem Nürnberger Buchhändler Johann Philipp Palm, der in seiner Vaterstadt Braunau 1806 auf Befehl Napoleons wegen Verbreitung einer Flugschrift „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung" erschossen worden war. Als Gymnasiast im deutschen Passau und im österreichischen Linz werden die Freiheitskriege und der Deutsch-Französische Krieg seine Lieblingslektüre, und schon damals wird ein großdeutsches Sehnen in dem Schuljungen wach, der zu beiden Seiten der deutsch-österreichischen Inngrenze aufgewachsen ist, das Verlangen nach einer Ueberwindung der „Innlinie", nachdem 1871 mit der Bismarckschen Reichsgründung die Mainlinie beseitigt worden war. Geschichte wird seine große Leidenschaft. Er beginnt das Habsburgische Kaiserhaus zu hassen, wegen seiner Slawenfreundlichkeit. Damals schon wird er Gegner der deutschen Bündnispolitik.

Durch den frühzeitigen Tod seiner Eltern folgt dann in seinem 15. Lebensjahre ein plötzlicher sozialer Abstieg. Hitler kommt auf der Baustelle in Wien als ungelernter Arbeiter in engste Berührung mit dem Marxismus und mit sozialem Elend. Wenn er sich auch von den Vorstellungen seiner bisherigen bürgerlichen Welt während seiner harten Wiener Schule weitgehend lossagte, so feiten ihn doch seine Jugendideale vor allen marxistischen Versuchungen. Er stellt sich in Opposition gegen seine sozialdemokratischen Arbeitskollegen, verliert mehrmals seine Posten, wird Märtyrer und gerät in jene Haßstimmung gegen den „Marxismus", die ihm bis zum heutigen Tage treu geblieben ist. Wie in der Kindheit so auch hier ein ungeheurer Bildungstrieb oder besser Lerntrieb. Hitler verschlingt in hungrigen Nächten die ganze sozialistische Literatur und kommt zu der Ueberzeugung, daß der Terror der Sozialdemokratie nur gebrochen werden kann, wenn ihm ein noch größerer Terror entgegengesetzt wird, ein Grundsatz, der ja heute noch bei den Nationalsozialisten Geltung hat. Hier in Wien erst macht sich Hitler Gedanken über die jüdische Frage. Er kommt in Berührung mit Vertretern des galizischen Judentums, und an Hand dieser extremen Erscheinungen bilden sich die Wurzeln seiner Judenfeindschaft. In den täglichen Auseinandersetzungen mit marxistischen Arbeitern auf der Baustelle macht Hitler eine glänzende Schule der Beredsamkeit durch; schon damals beschäftigt er sich mit dem Problem der Massenbeeinflussungen und Massensuggestion, das ihn während des Weltkrieges nicht mehr los läßt, und das er heute so erfolgreich zu meistern versteht.

Aber erst die Wut über die Revolution des Jahres 1918, die ihm fast die Besinnung raubte, ließ den Entschluß in ihm reifen, als Redner oder als politischer Führer den Kampf gegen die Sozialdemokratie als Lebensberuf zu ergreifen, deren Führern er die ganze Schuld an unserem Unglück beimißt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Hitler mit Leib und Seele Soldat war, wie er ja auch bewußt in die deutsche Armee eintrat und dadurch seine Staatsangehörigkeit verlor. Hitler schildert selbst, wie er vom Schützengraben aus alle politischen Vorgänge aufmerksam verfolgte, aus den letzten Kriegsjahren stammt sein unversöhnlicher Haß gegen das Parlament. —

Eine neuere Schrift[5]) fällt über den nationalsozialistischen Führer folgendes Urteil:

„Hitler ist unstreitig eine große und echte Persönlichkeit, unter dem Gesichtspunkt seiner Gesamtentwicklung vom ungelernten Bauarbeiter bis zum Führer einer Millionenpartei gesehen, zweifellos eine der

[5]) Junius Alter, Nationalisten, K. F. Koehler, Leipzig 1930.

größten, die wir überhaupt im politischen Leben Deutschlands besitzen. Den Marschallstab, den er einst als einfacher Trommler der nationalen Revolution im Tornister trug, hat er sich in einem Avancement von so unerhörtem Tempo erworben, daß er heute mit seinen 41 Jahren und seinen ungewöhnlichen Führerqualitäten sicherlich an der Schwelle aller Möglichkeiten steht. Nur die Zukunft freilich vermag es zu erweisen, ob es ihm vergönt sein wird, dem Marxismus jenes Kannae zu bereiten, das ihm vorschwebt und über dessen Gefilde einzig und allein der Weg in Deutschlands Zukunft führen wird."

Als gemeinsames Kennzeichen der großen europäischen Unrast, wie sie zutage tritt im Nationalsozialismus, Faschismus und Bolschewismus, muß man eine Rückkehr zu den Urgründen des nationalen Wesens ansehen: Wie der Faschismus seine Kraft aus der Idee des Imperium Romanum schöpft, der Bolschewismus unter blutiger Ausrottung aller westlich gerichteten Aufpfropfungen zurückzukehren scheint zum Moskowitertum, so ist das Ziel des Nationalsozialismus die Selbstaufraffung des germanisch-deutschen Menschen, die Sammlung der deutschen Volkskraft und die Züchtung des nationalen deutschen Typs. Im Mythus vom „Dritten Reich" — unübertroffen in seinen Wurzeln bloßgelegt von Alfred Rosenberg[5a]) — liegen seine Zünd-

[5a]) Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit. Von Alfred Rosenberg. Hoheneichen-Verlag, München.

„Wer den Nationalsozialismus, wie es namentlich in den alten, liberalen Parteien üblich ist, lediglich nach seinen äußeren Ursachen und Wirkungen beurteilt und ihn in der Hauptsache nur als die Reaktion auf die Umwälzung und ihre Folgen anspricht, befindet sich in einem gewaltigen Irrtum. Die nationalsozialistische Bewegung kann mit den Maßstäben des 19. Jahrhunderts in keinem Betracht gemessen werden. Alle diese Maßstäbe gehen auf die französische Revolution zurück, während der Nationalsozialismus aus den Urquellen der deutschen Vorzeit schöpft. Die Ungeteiltheit und Unbedingtheit der Seele, das unbeirrbare Freiheitsbewußtsein des „adligen Menschen" verleihen dieser Erneuerungsbewegung die sieghafte und himmelstürmende Kraft, die den Zweiflern ein Rätsel und den Gegnern ein Ärgernis ist.

Nur als ein einheitliches Ganzes, nur aus dem Wesenskern des deutschen Menschen heraus kann daher der Nationalsozialismus verstanden werden. Es ist das Ringen um einen neuen Mythus, das unser Volk mit vulkanischer Gewalt ergreift und aufwühlt, bis er nach unvermeidlichen Kämpfen und einer Umwertung von noch nicht abzusehenden Ausmaßen sich in einer neuen Einigung Deutschlands durchsetzt, die als „das dritte Reich" das Wunsch- und Willensziel der Frontgeneration und der Nachkriegsjugend bildet.

Es ist unmöglich, den Gedankenreichtum des grundlegenden und aufrüttelnden Buches durch eine Besprechung auch bloß mit ganz großen Strichen zu umreißen. Nur das sei gesagt: Nach dem Erscheinen dieses Werkes kann es für keinen geistigen Menschen in Deutschland mehr die Ausrede geben, der Nationalsozialismus sei in seinen weltanschaulichen Leitlinien noch zu verschwommen und zu wenig folgerichtig, um sich mit ihm ernsthaft auseinandersetzen zu können." („Die Deutsche Arbeitgeberzeitung" vom 21. Dezember 1930.)

kraft und die geheimen Quellen seines Aufschwunges, hier auch seine Natur als revolutionäre Bewegung, die er nicht aufgeben darf, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.

Die Betonung des Rassischen im Programm des Nationalsozialismus ist somit nichts Ueberlebtes oder gar Reaktionäres. Sie mag zwar manche übersteigerten Formen haben, aber man darf sie weder als bloßes Ressentiment werten noch mit dem ideologisch völlig verfehlten und deshalb wirkungslosen Einwand abtun, daß es eine deutsche Rasse überhaupt nicht gebe. Es ist weniger das Ziel, eine reindeutsche Rasse zu bewahren, als sie zu formen. Daß ausreichender Grundstoff in Tradition und Wollen bereit liegt, wird nicht geleugnet werden können. Die treibende Kraft des Mythus als eines leidenschaftlichen Glaubens — ein Instrument, auf dem der Faschismus zuerst mit Virtuosität spielte — bewährt sich auch in unsern Verhältnissen.

Dieser Teil des nationalsozialistischen Wesens liegt völlig fest, er mag vielleicht und wahrscheinlich sogar eine vollkommenere Ausdrucksform finden, aber er würde sich selbst untreu werden, wenn er ein Haar breit von diesem Ziel, das übrigens klar erkannt und hundert- und tausendmal verkündet worden ist, abwiche. Alle Politik des Nationalsozialismus nach außen wie nach innen ist Ausstrahlung dieses Wesens und als Methode gewiß der Diskussion zugängig. Immerhin macht es die Stärke der Partei aus, die Kritik einzudämmen, die Disziplin in den eigenen Reihen zu wahren und den Führern auch auf den Wegen der Tagespolitik mit Vertrauen zu folgen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet liegen die Dinge etwas anders. Mit gebotener Kürze muß hier auf den Zusammenhang zwischen Mythus und wirtschaftlichem Fortschritt eingegangen werden. Für die vergangene und vorläufig auch die gegenwärtige Epoche liegen die Verhältnisse so, daß einer mythenbeherrschten Arbeiterschaft (Mythus vom Bourgeois und der Diktatur des Proletariats) als Reaktion eine rationalistische Mythenlosigkeit des Bürger- und Unternehmertums gegenübersteht, die ihrerseits zu einer Ueberschätzung der mechanistischen und materialistischen Triebkräfte führt. Als Ergebnis mag man ziehen, daß ein fehlgeleiteter Mythus ebenso wie ein nicht vorhandener schwere Gefahren in sich birgt. Der Nationalsozialismus erstrebt, beide Teile mit einem einheitlichen Mythus zu erfüllen: dem der Lehnstreue zu Volk und Staat. Er ist ein Glaube, eine Hoffnung, ein Antrieb wie jeder andere; seine Bewährung liegt in der Hand von Mächten, die dem rechnenden Verstand verborgen sind und ist daher einer Diskussion unzugänglich. So wie die Dinge heute erkennbar sind, muß man aber sein Vordringen freudig begrüßen.

Die Uebertragung des Mythus auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten unterliegt besonderen Regeln, die strenger sind als die andern, die das Verhältnis von Mythus und Politik beherrschen. Mit Recht setzt der Nationalsozialismus in seiner Ausdrucksweise den „kühlen Verstand" (die Sachverständigkeit) neben das „heiße Herz" (die Mythusbeherrschtheit). Auf unserm Gebiet ist diese Beschränkung angesichts des hochkomplizierten Apparates der Wirtschaft doppelt zu beherzigen; das rationale Moment darf nicht gering geachtet werden. Nicht aus mystischen Urquellen, sondern aus der klaren Erkenntnis der Notwendigkeiten und vorhandenen Möglichkeiten müssen die Reformen strömen, die uns nottun; jene liefern den Regenerationswillen, diese die Programme.

So liegt das Wesen des Nationalsozialismus zunächst nicht im Programmatischen, sondern im Willensmäßigen; er endet nicht mit seiner Programmatik, sondern er greift über diese hinaus. Der Nationalsozialismus will nicht ein Programm verwirklichen, sondern ein Volk schaffen, dessen Existenzgrundlagen auf einer gesunden und innerlich geordneten organischen Grundlage beruhen. Darum läßt er sich die Methode nicht vorschreiben und zudiktieren[6]).

Mit diesen Kautelen muß an die Betrachtung des Programms der NSDAP herangetreten werden.

5. Kapitel.

Erläuterung der wirtschaftlichen Programmpunkte der NSDAP.

Es war und ist die Stärke der NSDAP, daß sie eine Weltanschauung vertritt und nicht dazu bestimmt ist, die Interessenvertretung abgegrenzter Wählerschichten wahrzunehmen. So ist sie heute noch, und hoffentlich für immer, dem parlamentarischen Schacher der Gruppen und Grüppchen enthoben.

Unverrückbar fest also steht nur eines: die Weltanschauung, die Idee selbst; nicht das, was als ihre zeitliche Interpretation angesehen wird. Nur von der Idee aus lassen sich die konkreten Programmforderungen ableiten, nur an ihr korrigieren. Erst muß sich die Idee mit voller Klarheit enthüllt haben, ehe an die Ausarbeitung herangegangen werden kann und darf. Erfahrungsgemäß ist dies auf wirtschaftlichem Gebiet am schwierigsten und findet am spätesten statt.

[6]) Nationalsozialismus als Willensbildung! Völkischer Beobachter vom 4. November 1930.

Während der politische Teil des Programms in seiner Auflehnung gegen alles, was den Kurs der deutschen Republik seit 1918 bezeichnet, noch heute unverändert geblieben ist, eher sich verschärft und konkretisiert hat, werden die wirtschaftlichen Programmpunkte in der gleichen Art nicht mehr aufrechterhalten bleiben. Immer klarer beginnen sich Leitsätze herauszuschälen, die man in ihrer Bedeutung in einem früheren Stadium nicht erkennen konnte.

Wir müssen unserer Betrachtung des Wirtschaftsprogramms diejenigen Maximen voranstellen, die im ursprünglichen Programm nicht oder nicht in aller Deutlichkeit vorhanden sind, von denen aber aus andern authentischen Aeußerungen absolut feststeht, daß sie allgemeine Anerkennung in der Partei genießen.

Das ist zunächst die Anerkennung des Privateigentums. In Nachträgen zum Programm verwahrt sich die Partei ausdrücklich und feierlich dagegen, daß aus einer allgemeinen Bemerkung über entschädigungslose Enteignung von Grundbesitz geschlossen werden könne, sie stände nicht restlos auf dem Boden des Privateigentums, das Hitler übrigens als die Grundlage unserer Zivilisation bezeichnet.

Sodann die Anerkennung der Privatinitiative. In immer neuen Wendungen weist Hitler auf das persönliche Streben des einzelnen als Grundlage einer gedeihlichen Wirtschaft und auf den auf die Wirtschaft übertragenen Führergedanken — das „aristokratische Prinzip" — als ihre Stütze hin.

Die Sozialisierung, die Kollektivwirtschaft und die zentral geleitete Planwirtschaft werden ausdrücklich abgelehnt; nicht nur weil sie Wege des bitter gehaßten Marxismus sind, sondern weil sie als wirtschaftsfeindliche Prinzipien erkannt worden sind. Was verlangt wird, ist eines: daß Privateigentum und Privatinitiative, daß Wirtschaften überhaupt nicht lediglich zum eigenen Vorteil, sondern immer mit dem Blick auf das Wohl der Gesamtheit gerichtet angewandt werden sollen.

Wer sich ohne dieses Rüstzeug und ohne einiges andere, das noch zu erwähnen sein wird, an das Studium des Programms begibt, wird schlimmen Schiffbruch erleiden, wie es zum Schaden der Bewegung und derjenigen, die nach Aufklärung verlangen, bei den orakelhaften Erzeugnissen einer Reihe von Literaten geschieht, bei denen mit der Konjunktur das Interesse an der schriftstellerischen Behandlung des Nationalsozialismus erwacht ist.

Der große wirtschaftliche Programmpunkt, von dem bereits gesprochen wurde und der alles andere überstrahlt, ist das Schlagwort:

„Gemeinnutz vor Eigennutz."

Es bedeutet nichts anderes als Wirtschaften zugunsten der Allgemeinheit unter Zurückdrängung des persönlichen Gewinnstrebens und Säuberung der Wirtschaft von der „Finanziermoral". So gefaßt ergeht die Mahnung nach der üblichen Auffassung zunächst an die Adresse des Unternehmers. Der Nationalsozialismus will aber keineswegs nur diesen Stand treffen. In ebenso scharfer Betonung wendet er sich an die Arbeiterschaft, verlangt hier ein Sichbescheiden des Handarbeiterstandes und lehnt die Klassenbevorzugung und die Diktatur des Proletariats ab.

Ueber die zweite große Forderung, die Brechung der Zinsknechtschaft, ist ungeheuer viel diskutiert worden.

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, daß man sich ernsthaft mit ihr in der extremen Form, in der sie zuerst auftauchte und mit der Auslegung, die sie von Außenstehenden heute noch erfährt, nicht mehr zu befassen braucht. Indes scheint es nötig, etwas auf sie und ihre Geschichte einzugehen. Sie wurde zu einem frühen Zeitpunkt in die Bewegung hineingetragen mit etwa folgendem Gedankengang: Staat und Wirtschaft stehen in der Knechtschaft des internationalen und jüdischen Bank- und Finanzkapitals, dem sie durch den Zins tributpflichtig sind. Wie brechen wir diese Herrschaft? Offenbar am einfachsten dadurch, daß wir weder Zinsen zahlen noch Geldanleihen aufnehmen. Die Kluft, welche diesen an sich begrüßenswerten Zustand von der gegenwärtigen Geld- und Kreditwirtschaft trennt, ist von verschiedenen Seiten mit Vorschlägen ausgefüllt worden, die man deshalb als utopisch bezeichnen muß, weil sie eine Sehnsucht verraten und ein Uebel erkennen, aber mit unzureichenden Mitteln an die Heilung herangehen. Die ganze Angelegenheit mag man dahin beurteilen, daß sie auf eine vernünftige Frage eine seit den Zeiten des Franzosen Proudhon, der schon 1840 die gleichen Ziele mit den gleichen Mitteln verfolgte, bis zur Gegenwart immer noch unvernünftig gebliebene Antwort erteilt.

Der wichtige und wesentliche Kern des Schlagwortes liegt auf einem andern Gebiet als dem der Zinslehre und der goldfreien Währung. Er ist — unter Betonung des zweiten Bestandteiles „Knechtschaft" — darin zu erblicken, daß in etwas grober Interpretation die neue soziale Kampffront gegen das Finanzkapital festgestellt wird. Ferner aber — und das ist noch wichtiger — liegt hier die Erklärung zu einem andern und gefährlichen Spiel, das in den ersten Zeiten des Nationalsozialismus eine gewisse Bedeutung hatte.

Es ist gar kein Zweifel, daß die antikapitalistische Parole des Nationalsozialismus, die heute in eine antimaterialistische veredelt worden ist, ursprünglich eine viel zu mechanistische war. Die dies-

bezügliche programmatische Forderung, die später einbezogen wurde in die Brechung der Zinsknechtschaft, lautete: „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens." Das bedeutet klipp und klar Abschaffung von Rente und Profit. Hier stand schon das schwere Geschütz, mit dem Marx die Position des Kapitalismus beschossen hatte, und wir brauchen uns darüber keiner Täuschung hinzugeben, daß die Forderung noch heute große Popularität besitzt.

Der Nationalsozialismus wird in dieser Hinsicht etwas unternehmen müssen, wenn er die Klippen vermeiden will, an denen der Marxismus scheiterte, der nichts tat als den Versuch zu machen, durch den politischen Lohn einen Bruchteil der Arbeiterschaft am kapitalistischen Profit zu beteiligen. Wir erleben es aber hier, wie alte sozialistische Kampfparolen sich in ihrem Wesen wandeln. Nicht von der Arbeiterseite, wie es noch beim Marxismus geschah, sondern von der Konsumentenseite wird heute der Profit angegriffen. Der Mehrwert wird nach der heutigen Auffassung nicht dem Arbeiter weggenommen, sondern den Konsumenten. Die öffentliche Meinung tritt heute keineswegs mehr zugunsten der „armen ausgebeuteten Arbeiter" auf, sondern für die „übervorteilte" Verbraucherschaft.

In diesen Zusammenhang fällt noch Artikel 14, der eine Gewinnbeteiligung an Großbetrieben verlangt. Auch diese Forderung hat eine charakteristische Umbildung erfahren. In erster Linie war wohl daran gedacht, daß die Arbeiterschaft am Unternehmen partizipieren solle. Hierzu wird nun vom Nationalsozialismus ein sehr richtiger Gedanke entwickelt. Er sagt, daß es nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen könne, wenn der Werkmeister und der Dreher und die Waschfrau Tantiemen aus einem sich gut rentierenden Unternehmen beziehen. An einer prosperierenden Wirtschaft müsse die Allgemeinheit teilnehmen, und dies geschehe am besten durch Preissenkung. Es sind hochmoderne Gedanken, die hier zum Durchbruch kommen, allerdings im gegenwärtigen Augenblick kaum akut werden.

Artikel 13 fordert: „Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe." Gegen diesen Punkt ist sehr viel zu sagen. Der Nationalsozialismus erkennt Privateigentum und Privatinitiative ausdrücklich an. Der Unternehmer als Persönlichkeit ist auch ihm, wie er immer hervorhebt, eine unersetzliche Kraft der Volkswirtschaft. Die Bedeutung von Männern wie Ford, Krupp, Kirdorf, Thyssen für die Volkswirtschaft wird ausdrücklich und energisch betont.

Dann fährt aber der Kommentar zum Programm fort: „Sofort schlägt aber die Wesensart solcher Betriebe um, wenn sie nicht mehr unter der selbstverantwortlichen Leitung einer sittlichen Persönlich-

keit stehen, sondern anonymisiert werden." Dann würde nämlich der Ansturm der reinen Profitinteressen beginnen, und zwar der Aktionäre, die die Dividende vor die Bedürfnisse des lebenden Betriebes stellen, statt an Erzeugung von Werten und Beschäftigung der Arbeiter zu denken.

Wir wissen, daß die Schätzung der Unternehmerpersönlichkeit dem innersten Trieb der Bewegung nach Autorität und nach möglichst hoch gesteigerter Produktion entspricht. Sie sind ein echtes Merkmal der Bewegung. Ebenso echt ist die Abneigung gegen das vagierende Finanz- und Leihkapital. Um zu verhindern, daß sich dies in der Wirtschaft breit macht, die großen und wichtigen Betriebe reinen Finanzinteressen ausliefert und die Interessen der Produktion nicht mehr gewahrt bleiben, ist an die Verstaatlichung dieser Unternehmungen gedacht.

In dieser Folgerung liegt aber ein schwerer grundsätzlicher Fehler, der in der heutigen Auffassung des Nationalsozialismus schon überwunden zu sein scheint. Auch der Faschismus wendet sich gegen die Finanz- und Dividendenpolitik in der Unternehmung und sucht sich hiergegen zu schützen. Er fällt aber nicht in die Unlogik, gegen seine Generallinie einen auch nur gelegentlichen Staatskapitalismus oder Staatssozialismus einzuführen, der mit den Zielen der Bewegung nicht im Einklang stehen kann.

Im Gegenteil, der Faschismus hält sich grundsätzlich von jeder wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand fern. Ihm ist der Staat eine zu große Sache, als daß er selbst als wirtschaftende Person auftreten könnte. Die Behörde, sagt Mussolini in einem Erlaß, ist zur Zivilverwaltung da, sie soll Richtung geben, aber sie soll nicht Unternehmer spielen wollen. Die Verstaatlichung, wenn wir es so nennen können, wird nicht körperlich-massiv bewerkstelligt, sondern auf geistiges Gebiet geschoben. Wie noch ausgeführt wird, ist der Unternehmer, und zwar nicht nur der Fabrikbesitzer, sondern auch der Direktor einer Gesellschaft, in erster Linie dem Staat gegenüber verantwortlich für sein Tun und Lassen. Er hat sich — und dies wird der verantwortungsbewußte Konzernleiter nur zu gern tun — zunächst um die Produktion, dann erst um das Finanzinteresse der Geldgeber zu kümmern. Der Nationalsozialismus, der in dieser Frage ähnliche Ansichten wie der Faschismus vertritt, ging bisher in diesen Dingen viel zu einseitig vor. Die Gefahren bürokratisch-staatlicher Wirtschaftsführung waren ihm wie auch andern zu damaliger Zeit noch unbekannt. Heute sind sie durch die Betriebe der öffentlichen Hand klar an den Tag gezogen. Damals schoß der Nationalsozialismus aus mangelnder Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse über das Ziel

hinaus. Was der Staat nach seiner Ansicht tun sollte, war nichts anderes als die Uebernahme einer Zwangsverwaltung. Nunmehr kann man mit Nachdruck darauf hinweisen, daß Zwangsverwaltungen so gut wie öffentliche Betriebe keineswegs vorbildliche Geschäftsführungen sind und auch für den Staat selbst schwere Belastungen darstellen.

Es ist schließlich schon darauf hingewiesen worden, daß staatliche oder private Wirtschaftsführung keine Glaubenssätze des Nationalsozialismus darstellen, und daß ausschlaggebend für die Wahl der Mittel nur die Wirkung auf das Wohl des Volksganzen ist. A. Rosenberg hat hierfür folgende glückliche Formulierung gefunden: „Es ist möglich, daß eine sozialistische Tat durchaus nicht eine formelle Verstaatlichung mit sich führt. Sie kann im Gegenteil sogar eine Verpersönlichung, ein Freimachen vieler einzelner Kräfte bedeuten, wenn dieses Freiwerden eine Stärkung der Gesamtheit nach sich zieht."

Die Sozialpolitik ist im Programm in Artikel 18 verkörpert, worin eine Altersversicherung gefordert wird. Warum gerade eine Altersversicherung? Der Faschismus warnt vor einer Ueberspannung des Fürsorgeprinzips und hat deshalb eine Sozialversicherung eingeführt, deren Lasten nur so hoch gestellt sein sollen, daß sie für die Wirtschaft tragbar sind. Auch der Nationalsozialismus vertritt ähnliche Gedanken, besonders in bezug auf die Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Dagegen leuchtet der Bismarcksche „Staatssozialismus" durch in der Forderung der Pensionierung jedes Staatsbürgers, wenn er erwerbsunfähig geworden ist. Wir haben es hier nicht mit einer zufälligen Forderung zu tun, sondern mit dem Resultat einer sehr interessanten Entwicklung in der deutschen Volksseele. Jeder Arbeiter ist nach der faschistisch-nationalsozialistischen Doktrin verantwortlicher Produzent, er steht im Dienste des Staates, nicht einer Privatperson. Also muß der Staat für ihn sorgen, wenn sich der Arbeiter in seinen Diensten genau wie ein Beamter oder Soldat ausgegeben hat. Die ungeheure Werbekraft gerade dieser Forderung wird uns dann klar, wenn wir die Sucht weiter Volksklassen nach Verbeamtung, das heißt Sicherung der Existenz und äußerer Dignität, in Rechnung stellen. Ihr wird man aber die Gefahren der geistigen Verbürokratisierung entgegenhalten müssen. Die geeignete Ausführung wird demgemäß noch Gegenstand der Untersuchung sein müssen.

Es gibt nicht wenig Wirtschaftler, gerade unter den Klugen und Bedächtigen, die das Programm und die teilweise auf ihm basierenden Anträge der Reichstagsfraktion der NSDAP mit dem Bei-

namen nationalökonomischer Unsinnigkeiten belegen und hierdurch die Linie ihres Verhaltens gegenüber der NSDAP bestimmen lassen. Sie begehen den verhängnisvollen Fehler, anfechtbare und mitunter über das Ziel hinausschießende Einzelheiten für das Wesentliche, und schiefe, langsam aber sicher sich selbst korrigierende Ausarbeitungen für den Kern zu nehmen. Ihre Furcht vor „unsinnigen Experimenten" läßt sie die große tragende Idee der Bewegung verkennen, die sich aber — nicht zuletzt durch das persönliche Verdienst Hitlers — nach und nach in geläuterter Form auch im einzelnen durchsetzen wird.

Auf derartigen Auffassungen basiert die Kritik, die v. Stauß[7]) übt und die im gegenwärtigen Augenblick vielleicht schon als überwunden bezeichnet werden kann:

„Die Vertrauenskrise kann allerdings eine verhängnisvolle Verschärfung erfahren, wenn in Anträgen politischer Parteien das Privateigentum und sonstige private Rechte bedroht werden und wenn diese Beunruhigung durch undurchdachte gesetzgeberische Vorschläge verstärkt wird, welche an die Grundlagen der deutschen Kreditwirtschaft rühren und damit an die Grundpfeiler der Wohlfahrt des Landes und seiner produktiven Stände. Möge nicht vergessen werden, daß verstärkter politischer Einfluß auch verstärkte Verantwortung für alles Unheil in sich schließt, welches schon allein dadurch entstehen kann, daß solche Anträge vielleicht da oder dort im Inland oder Ausland ernst genommen werden, obwohl kaum ein einsichtiger Mensch ihre Verwirklichung für möglich hält."

6. Kapitel.

Deutscher Sozialismus als Antimarxismus.

Die NSDAP erklärt, in sozialer Beziehung da anknüpfen zu wollen, wo vor bald siebenzig Jahren der Marxismus die Fäden abgerissen hat: bei den vormarxistischen Sozialisten und der Schule des Idealismus. Damit hat sie sich zur Erfüllerin der historischen Mission aufgeworfen, durch Ueberwindung des Marxismus den sozialen Kampf abzubrechen und die deutsche Arbeiterschaft aus der Sackgasse herauszuführen, in die sie der marxistisch infizierte Gewerkschaftssozialismus hineingeführt hat.

Der innere Zusammenhang von Arbeiterbewegung und Marxismus wird regelmäßig überschätzt; und in dieser Erkenntnis liegt die

[7]) Bankarchiv, XXX. Jahrg., S. 21.

Hoffnung, daß sich dereinst in der Seele des deutschen Arbeiters eine Umkehr vollziehen werde. Die heutige Rolle der freien Gewerkschaften als Kerntruppen der Sozialdemokratie datiert eigentlich erst seit 1918; denn in diesem Jahre wurde die bedingungslose Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Partei eine vollendete Tatsache. Bis dahin zog sich, bald unter der Decke fortschwelend, bald offen zu tiefer Feindschaft auflodernd, der Gegensatz hin zwischen den Häuptern der Partei und den Führern der Gewerkschaften, dem intellektuellen politischen Radikalismus und der bodenständigen Anschauungswelt der Kämpfer um die Besserung der Wirtschaftslage der Arbeiterschaft. Er findet seinen Ausdruck in dem von Winnig aufbewahrten Wort eines Gewerkschaftsführers aus dem Jahre 1905: „Die deutsche Arbeiterbewegung ist krank an der Marxschen Theorie. Wir müssen uns eine eigene Theorie schaffen." Die Grundzüge einer solchen neuen Theorie hält der Nationalsozialismus bereit.

Genau das gleiche Ziel hat sich der Faschismus gesetzt und hat seine ganze Kraft auf dessen Erreichen konzentriert. In diesem Kampfe gehen Nationalsozialismus und Faschismus vollkommen einig; trotzdem müssen die Grundlagen und Methoden nirgend so verschieden sein wie gerade hier. Jedes Volk muß diejenigen Wege suchen, die in der Formung der sozialen Anschauungen seinem eigensten Wesen entsprechen.

Das schließt nicht aus, daß bei der Zerstreutheit germanischen Geistesgutes auch unter andern europäischen Nationen — vor allem den Franzosen und Italienern in ihren früheren Epochen — die Lösungen und Ideen, die sie gefunden haben, für deutsche Verhältnisse Richtung gebend sein können. Es wird weiter unten darauf hingewiesen werden, daß der Kampf gegen das Finanzkapital in der Gesellschaftswissenschaft der genannten Völker schon verhältnismäßig früh eine scharfe und treffende Formulierung gefunden hat.

Abgesehen vom Vater des modernen Sozialismus, Rousseau, der als erster, allerdings in der stark äußerlichen Form des Contrat social, den Gemeinschaftsgedanken als das Prinzip der neuen Anschauung von Staat und Wirtschaft herausschälte, wird man sich besonders auf einen andern großen Franzosen beziehen müssen: Saint-Simon, der um die Wende des 18. Jahrhunderts dem aufkommenden individualistischen Liberalismus entgegentrat. In dem sozialen System, das er und seine Schüler aufbauten, sind bereits alle die Elemente vorhanden, die jetzt wieder eine Rolle zu spielen beginnen: die Idee des Produzentenstaates, die Produzentenharmonie und Ablehnung des Klassenkampfes, die gleichgerichtete Interessenlage zwischen Unternehmer und Arbeiter, die leitende Stellung des Unter-

nehmertums. Die Entwicklung gab ihm zunächst unrecht und seinen großen Gegenspielern, den Individualisten, recht. Ihre Lehren und Anschauungsweisen, durch Marx auf die Arbeiterschaft übertragen, haben die soziale Frage erzeugt, mit der unser Jahrhundert fertig werden muß oder darüber zugrunde gehen wird.

In stärkerer Weise als der Franzose, der über den Syndikalismus auf die Faschisten einen großen Einfluß ausübte, interessiert uns die deutsche Parallelerscheinung, der Idealismus und die romantische Staatsphilosophie. Auch ihre Gedanken sind wie die Saint-Simons zunächst wirkungslos verpufft. Erst jetzt beginnen sie für die Formung eines neudeutschen Sozialismus wieder Bedeutung zu erlangen.

An dieser Stelle sei besonders dreier Männer gedacht, die als die ersten deutschen Sozialisten bezeichnet werden: Weitling, Fichte und Rodbertus. Unmittelbar nach ihnen, die Vorgänger und Zeitgenossen von Marx und Engels waren, brach die verheißungsvolle Entwicklungsreihe ab.

Fichte, der den Gedanken des autarkischen „geschlossenen Handelsstaates" vertritt, will die Produktion durch staatlichen Eingriff geregelt wissen, da er die Uebelstände der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung auf das Spiel der freien Konkurrenz zurückführt. Als der erste in Deutschland forderte er die positive Fürsorge des Staates für die wirtschaftlich Schwachen; nicht in Verfolgung einseitig proletarischer Aspirationen, sondern aus universalistischen Gedankengängen. Nach ihm hat der Staat die sittliche Pflicht und das Recht, für die harmonische Ausbildung aller seiner Mitglieder zu sorgen, und diese haben die Pflicht, sich als Glieder des Gesamtorganismus zu fühlen und zu betätigen.

Rodbertus sieht die Verbesserung der erbarmungswürdigen Lage der frühindustriellen Arbeiterschaft als das Kernproblem zur Herausführung gesunder sozialer und wirtschaftlicher Zustände an; ohne aber — wie auch die andern — sein System ausschließlich auf dieser Lage aufzubauen. Er erkennt sie richtig als vorübergehenden Zustand. Er ist vor allem nicht unternehmerfeindlich eingestellt und hält gewisse Reformen, die den damals übermäßig geringen Anteil des Arbeiters am Gewinn industrieller Tätigkeit erhöhen, während Privateigentum und privates Kapital beibehalten werden sollen, für den Beruf unserer Zeit. Er ist der „idealistische Sozialist", der „Sozialist der organischen Staatsidee". Er lehnt den arbeiterlichen Individualismus, d. h. den Gedanken der Gleichheit und die daraus hergeleiteten Ansprüche ab; gleichzeitig aber den andern manchesterlichen Gedanken der aus sich selbst heraus erwachsenen Harmonie der libera-

listischen Wirtschaft. Noch ein weiteres verbindet diese beiden Vorläufer mit dem heutigen Nationalsozialismus: Sie sind glühende Nationalisten.

Weitling ist in höherem Maße als die Genannten, die hierin Marx ähnlich, zur Arbeiterschaft in ein unmittelbares Verhältnis nicht traten, als Parteigänger der Arbeiterklasse zu bezeichnen. An ihn knüpfen sich neuerdings die Hoffnungen einer sich von Marx abkehrenden Arbeiterbewegung. Weitling ist eine aus den Tiefen des deutschen Volkes aufsteigende und aus der Tiefe des deutschen Gemütes schöpfende Gestalt. Sein Wesen war erfüllt von glühender Liebe zu den Armen und Elenden. „Weitling war ein Anfang. Er war der erste unartikulierte Aufschrei der Masse, die das Volkstum aus seinem Schoß neu entlassen hatte. Er war die große edle Leidenschaft eines jungen trächtigen Blutes. Wir wollen lieben und dürfen nicht! Das ist der Zorn dieser Leidenschaft. Erbarmet Euch! Sehet das Elend! Es sind Eure Brüder! Warum schließt Ihr Euer Herz vor ihrem Leide zu[8])?" Nicht aus kaltem Hasse wie Marx, sondern aus Verzweiflung über die Herzlosigkeit der Mächtigen wird Weitling Revolutionär und muß das Schicksal der Hunderte erleiden, denen der Rahmen des damaligen Deutschland zu eng war.

In wesentlichen Punkten steht ferner der sozialen Anschauung des Nationalsozialismus der katholische Solidarismus, besonders in der deutschen Ausprägung von Pesch, nahe. Auch Pesch geht aus vom Universalismus. Die Solidarität der Berufsgenossen ist ihm nicht nur eine organische, sondern auch eine moralische. Seine soziale Forderung ist Eingliederung des Arbeiters als Subjekt in den Ablauf der Produktion. Er unterscheidet sich vom Nationalsozialismus weniger in seinen Folgerungen als in den Ausgangspunkten; wiewohl der Nationalsozialismus den christlichen Religionen gegenüber positiv und fördernd eingestellt ist, kann er doch nicht dulden, daß eine ausgesprochen konfessionelle Sozialethik mit ihren Ansprüchen auf politische Einflußnahme das Bild der Wirtschaft maßgebend beeinflussen soll.

Die Todfeindschaft zwischen Nationalsozialismus und Marxismus geht vom Grundsätzlichen so gut aus wie vom Alltäglichen. Der Nationalsozialismus ist in allem das Gegenbild dieser das deutsche Volk in seinen Grundfesten erschütternden und zersetzenden und die Idee des wahren Sozialismus verfälschenden Lehre. Nichts ist ergötzlicher, als wenn die marxistische Sozialdemokratie den Grad des

---

[8]) August Winnig: „Vom Proletariat zum Arbeitertum". Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg.

nationalen Sozialismus mit ihrem eigenen verschrobenen Maßstab zu werten unternimmt, wo nirgends Vergleichsmöglichkeiten bestehen. Der Nationalsozialismus bekämpft im Marxismus den entwürdigenden Internationalismus, den zur Auflösung aller Ordnung führenden Materialismus, die künstlich wachgehaltene proletarische Depression, den Klassenkampfgedanken, die Herrschaft des Finanzkapitals, das der Marxismus bewußt deckt, während er sich gegen das im Unternehmer verkörperte Industriekapital mit ausnehmender Wut zu wenden pflegt. Der Nationalsozialismus will national und idealistisch sein, im Arbeiter das Gefühl seiner Vollwertigkeit und unter den Produzenten den Gedanken der Harmonie erwecken. Er ist der Ueberzeugung, daß dieses Ziel nur durch Ueberwindung des liberalistischen Individualismus, der in seiner letzten Konsequenz die Produzentengruppen aufeinanderhetzt, möglich ist; diese Einstellung bekämpft er darum gleicherweise unter der Unternehmer- wie unter der Arbeiterschaft. Wenn sich die NSDAP heute in erster Linie an die deutschen Arbeiter wendet, so tut sie es aus zwei Gründen: aus einem allgemeinen, entspringend aus der Ueberlegung, daß der materialistisch-liberalistische Individualismus heute seine zu brechende Hochburg in der Sozialdemokratie hat, die die Arbeitermassen beherrscht, und aus dem besonderen, daß in dem Arbeiter der eigentliche Träger des nationalen Befreiungswillens und -kampfes erblickt werden muß; denn der Arbeiter ist das erste Opfer der deutschen Versklavung und der wahre, weil kosmopolitisch innerlich am wenigsten gebundene Nationalist, sobald er den Wahn der internationalen Verbrüderung erkannt hat.

Der Schwierigkeit ihrer Aufgabe ist sich die NSDAP wohl bewußt. Es gilt nicht nur gegen eine Idee anzugehen, die trotz ihrer tatsächlichen Versumpfung noch Hunderttausende mit Glauben erfüllt und ihnen Spannkraft gibt, sondern auch gegen ein politisches System, das sich in zwölf Jahren unbeschränkter Herrschaft immer tiefer in den Staatsapparat des deutschen Volkes eingefressen hat. Dieser Kampf ist — und das ist der Sinn der Kampfmethoden der NSDAP — mit Geistesmitteln allein nicht zu führen. Er ist ein Kampf im wahren Sinne des Wortes; jede Seite des Hitlerschen Buches handelt davon. Die bürgerliche Vorliebe für Ruhe, äußere Ordnung und Gehenlassen macht der Partei gern ihren Rückgriff auf das Mittel der Gewalt zum Vorwurf, ohne zu erkennen, daß sie dem Gegner auf das Gebiet seiner eigenen Methoden folgen muß, um ihn mit Erfolg schlagen zu können. Es ist nicht wahr, wie Hitler ausdrücklich schon früh hervorgehoben hat, daß die Partei die Gewalt höher schätze als die Intelligenz. In einer Zeit, in welcher der politische Gegner auf die Anwendung der Gewalt nicht verzichtet und alle Gewalt-

mittel für seinen Zweck einsetzt, könne die Partei nur damit durchdringen, daß sie ihre Idee durch brachiale Mittel sichere. Eine Idee ohne diesen Schutz sei nichts, weil auch der bedeutendste Kopf unter den Hieben kleinster Heloten enden könne.

In ihrer gegenwärtigen Phase stellt die NSDAP bereits etwas dar, was gerade das ebenfalls antimarxistische Bürgertum und Unternehmertum nur zu oft vergessen: einen Schutzwall und die einzige Kampftruppe, die sich zwischen den Rest dessen, was deutsches Wesen und deutsche Wirtschaft heißt und das Chaos stellen, in das eine ungehemmte marxistische Wirtschafts- und Außenpolitik Deutschland für immer zu stürzen drohen.

IV. Die wirtschaftliche Ideenlehre des Nationalsozialismus.

7. Kapitel.

Staat und Wirtschaft.

Es[9]) ist eines der wesentlichsten Merkmale der Bewegung, daß sie zwei Dinge mit einander zu verbinden sucht und verbinden muß, die bisher im Zeitalter des Kapitalismus-Sozialismus als unvereinbar angesehen worden sind: die Hervorkehrung des Produzenten- und Wirtschaftsstaates und die Abkehr vom Materialismus.

Eine derartige Wandlung ist nur dann erträglich, wenn das zügellose materialistische Profitstreben, wie es noch hin und wieder als die psychologische Basis aller Wirtschaft hingestellt wird, zurückgedrängt wird, ohne daß damit der Unternehmergewinn als Ansporn wirtschaftlicher Tätigkeit ausgeschaltet werden darf. Es handelt sich zunächst um einen geistigen Wandel: die Wirtschaft soll nicht mehr von der Geld- und Verdienstseite, sondern von der „Dienst"seite aus betrachtet werden. An die Stelle der individualistischen Einstellung soll die andere Idee der organischen Verbundenheit von Wirtschaft und Staat, von Produzenten und Konsumenten, von Unternehmertum und Arbeiterschaft treten; also das, was in nationalsozialistischen Schriften mit dem Satz versinnbildlicht zu werden pflegt: „Einer für alle, alle für einen!" Das erste Ziel der Gemeinschaftswirtschaft, die nicht mit Kollektivwirtschaft zu verwechseln ist, ist planmäßige Bedarfsdeckung, die das Wirtschaftsleben zu beherrschen hat, und in die der Unternehmer wie der Arbeiter gleicherweise eingespannt werden. Bedarfsdeckung ist Aufgeben des Dranges nach ständiger Produktionssteigerung zum Zwecke der Kapitalvermehrung. Die Planwirtschaft, und zwar in dezentralisierter Regie und auf privatkapitalistischer Grundlage, verlangt der Nationalsozialismus nicht aus irgendwelchen

[9]) Zu den folgenden Kapiteln vergl. meine Schrift: Unternehmer und Arbeiter in der faschistischen Wirtschaftsidee, Berlin 1931.

sozialdoktrinären Gründen, sondern leitet sie aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten ab in Weiterentwicklung der Tendenzen, wie sie die moderne Wirtschaft schon seit einiger Zeit beherrschen: die Erzeugung dem Bedarf anzupassen, die Produktionskrisen zu verhüten und der schlimmsten Geißel der Neuzeit entgegenzutreten, der Arbeitslosigkeit. Die Produktionspolitik, eine schwere aber nicht mehr zu umgehende Staatsaufgabe, ist es, die in ihre Epoche eintritt. Produktionspolitik wird gerade in Deutschland seitens der privaten Wirtschaft bereits aus eigenem Antriebe in erheblichem Maße getrieben. Der Zeitpunkt ist da, sie in die Hände des Staates zu legen; nicht auf die Weise, daß sie aus denjenigen der Wirtschaft genommen wird, sondern dadurch, daß den sie bereits handhabenden privaten Organen der Wirtschaft eine staatliche Gewalt verliehen wird. Die Aufgabe des Staates kann also nicht darin erblickt werden, in bürokratischer Weise systematisch in den Ablauf der Wirtschaft einzugreifen, sondern lediglich darin, die allgemeinen Richtlinien anzugeben — dies im Einvernehmen mit den selbstbestellten Organen der Wirtschaft, der Unternehmerschaft so gut wie der Arbeiterschaft —; die erkennbaren Ansätze der Organisation der Wirtschaft zu fördern; der Wirtschaft die Mittel an die Hand zu geben, Krisen rechtzeitig zu erkennen und abzumildern; antreibend und anfeuernd, nötigenfalls auch abbremsend zu wirken.

Vor allem die reformerische Jugend, wie sie zahlreich im Nationalsozialismus vertreten ist, spielt gern mit dem Gedanken eines Staatssozialismus oder -kapitalismus. Die häufige Verwendung des Wortes rührt zweifellos daher, daß unter dieser vollkommen farblosen Bezeichnung jeder das verstehen kann, was ihm besonders zusagt. Soll Staatssozialismus die soeben gekennzeichnete Form der staatlichen Intervention bedeuten, so hat das Wort seine Berechtigung; soll er aber einer zentral und bürokratisch geleiteten, systematischen Planwirtschaft unter Ausschaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Privatinitiative gleichstehen, so hat man damit eine Wirtschaft, die sich nicht mehr dem Wesen, sondern höchstens dem Grade nach von der bolschewistisch-kommunistischen unterscheidet.

Worin liegt nun das Maß des nationalsozialistischen staatlichen Eingriffs in die Wirtschaft? Es ist dahin zu bestimmen, daß nicht in doktrinärer Form und nach asiatischen Methoden zunächst reiner Tisch gemacht werden soll, um dann auf der kahlen Fläche neu aufzubauen, sondern daß er unter sorgfältiger Schonung und Benutzung der vorhandenen produktiven Kräfte (um diesen Ausdruck Friedrich Lists wieder einmal zu Ehren zu bringen), darunter insbesondere der Persönlichkeit des wirtschaftenden Menschen, und unter organischer Weiterentwicklung des Bestehenden diejenige Wirtschaftsweise zu er-

reichen sucht, die den modernen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen am meisten entspricht.

Die äußeren Formen und Ansätze hierzu sind in Deutschland bereits zu einem hohen Maße vorhanden; vielmehr jedenfalls, als dies in Italien der Fall war, wo der Faschismus in energischer Weise eingreifen mußte, um sie erst einmal zu schaffen. Der deutsche Mensch und Geist ist in ganz anderm Maße organisationsgewohnt als der romanische. Die deutsche Wirtschaft, auf Unternehmer- wie Arbeitnehmerseite, ist angefüllt mit Berufs- und Interessenvertretungen. Ihnen, den Verbänden, Kartellen, Gewerkschaften, fehlt nur eines: eine stärkere Betonung der Verantwortlichkeit und die Zurückdrängung der einseitigen und der Monopolinteressen. Dabei soll nicht verkannt werden, daß der auf die Allgemeinheit gerichtete Sinn sich schon heute in immer zunehmendem Maße in diesen Organisationen bemerkbar macht, und es nur die Schlüsselstellung der marxistischen Beeinflussung der Gewerkschaften ist, die dem egoistischen Materialismus das Feld hält. Bringt man in diese Vielgestaltigkeit das allgemach notwendig werdende, nach großen Gesichtspunkten ordnende System, versieht man die Verbände mit einer im einzelnen festzusetzenden staatlichen Gewalt gegenüber den Berufsgenossen und gibt ihnen bestimmte sozialpolitische und produktionspolitische Befugnisse, so hat man mit einigen Handgriffen und ohne die in der Wirtschaft stets bedenklichen künstlichen Mittel die Organisationsform der spätkapitalistischen Wirtschaft, die ständische Selbstverwaltung der Wirtschaft geschaffen[10]).

Dieser Spätkapitalismus beruht darin, daß er das Ungezügelte, Ausbeuterische seiner vergangenen Epochen abgelegt hat. Das wird mehr oder weniger überall der Fall sein, und würde nicht genügen, ihn zu der Wirtschaftsform der nationalsozialistischen Zukunft zu stempeln. Auch in der gemäßigten Form könnte er gegenüber den übrigen Teilen des Volksganzen wie einzelnen Faktoren der Produktion selbstsüchtige Ziele vertreten. Aus diesem Grunde erhält er eine Ideologie seiner Exponenten, des Unternehmers, Arbeiters und Kapitalisten, die sich erheblich von den andern, gegenwärtig noch üblichen und anerkannten unterscheidet[11]). Ihr ausgesprochener Zweck ist, zum ersten Male in der Geschichte der Wirtschaft den gerechten und dauerhaften Ausgleich zwischen den Produzentengruppen und zwischen ihnen und der Volksgesamtheit herbeizuführen.

Seine besondere Aufmerksamkeit hat der nationalsozialistische Staat in Ausführung seiner auf Selbstverwaltung der Wirtschaft ge-

---

[10]) Vergl. des näheren S. 56.

[11]) Vergl. Kap. 8, S. 43.

richteten Absichten den Gemeinschaftsorganen der Wirtschaft zuzuwenden. Zwar glaubt der sozialistisch-marxistische Staat hierin etwas besonderes geleistet zu haben und verweist auf seine Betriebsräte und den Reichswirtschaftsrat, in ideologischer Beziehung auf seine Wirtschaftsdemokratie. Diese Organe und Ideologien sind tatsächlich Unehrlichkeiten und Unmöglichkeiten. Ihre Tendenz ist eine unehrliche, weil sie nicht dazu bestimmt sind, die vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Wirtschaft zu fördern, sondern nichts sind, als Etappen auf dem klassenkämpferischen Vormarsch. Solange die Gewerkschaften Organisationen des Klassenkampfes sind und die Arbeitgebervereinigungen ihnen hierin folgen müssen, ist an eine Zusammenarbeit ohne Hintergedanken und offene oder geheime Vorbehalte nicht zu denken.

Es ist die Schuld der Sozialdemokratie, die sich nunmehr an ihr rächt, daß der weitere Gedanke der Werks- und Arbeitsgemeinschaften, der nach dem Kriege von maßgebenden und ehrlich meinenden Vertretern auf Unternehmer- und Arbeiterseite propagiert worden ist, keine Wurzeln schlagen konnte. Auch hier wird der nationalsozialistische Staat einzugreifen haben, um in Anknüpfung an den Betrieb, der Unternehmer und Arbeiter in gemeinsamem Wirken vereinigt, eine weitere Basis herzustellen, auf der sich im weiteren organischen Verlauf die Einheit der Produktion aufbauen wird.

8. Kapitel.

Die Arbeiterfrage.

Die größte Aufgabe, die sich der Nationalsozialismus, nicht anders als der Faschismus, gestellt hat, und die er lösen muß oder darüber zugrunde geht, ist die Bereinigung der sozialen Frage. Die deutsche Arbeiterbewegung hat, als sie sich dem Marxismus auslieferte, einen Schritt getan, der verhängnisvoller nicht geschehen konnte. Faschismus und Nationalsozialismus ringen mit dem Marxismus um die Seele des Arbeiters und sind ein grandioser Versuch, die Arbeiterschaft zu einer positiven Mitarbeit an einer nationalen Wirtschaftsgestaltung zu gewinnen.

Der Marxismus hat, abgeleitet aus den sozialen Mißständen des Frühkapitalismus, dem Arbeiter ein Bild der wirtschaftlichen Entwicklung und in der proletarischen Diktatur ein Ziel gegeben, wie es unwahrer und unmöglicher nicht ersonnen werden konnte. Heute tritt er in seiner gemäßigteren Form als reiner Nutznießer des kapitalisti-

schen Systems auf und sieht sein beinahe einzigstes Ziel darin, dessen Profit auf dem Wege der dauernden Lohnerhöhungen und der ständigen Erweiterung der Versorgungsansprüche von einer monopolisierten Klasse, dem Unternehmertum, auf die zu monopolisierende Klasse des industriellen Arbeiters zu überführen. Da aber der Umfang der Versorgungsberechtigten zu groß und die zu verteilende Profitrate zu klein ist, führt die „wohnliche Einrichtung im Hause des Kapitalismus" notwendig den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft und damit auch des marxistischen Parasiten herbei. Nur kann sich Deutschland dieses Experiment nicht leisten, das der Arbeiterschaft wohl endgültig die Augen öffnen würde.

Es soll gewiß nicht vergessen werden, daß die Arbeiterbewegung, vor allem die sie verkörpernden Gewerkschaften, sich als Instrumente erwiesen haben, die in hartem Kampf auch die legitimen Ansprüche der Arbeiterklasse zu verfechten wußten. Die Frage ist nur, ob diese Erfolge auf das Konto des doktrinären Marxismus zu buchen sind, oder nicht vielmehr trotz seiner und gegen ihn erkämpft wurden durch Männer, die in erster Linie Realpolitik treibende Arbeitervertreter und erst in zweiter Linie Marxisten waren.

Der Marxismus muß von jeder nationalen Arbeiterbewegung deswegen bekämpft werden, weil er die nationale Wirtschaft zugunsten eines internationalen Phantoms zerstört und in dem Arbeiter statt des Bewußtseins seines Wertes künstlich die proletarische Depression erzeugt, die ihn unruhig und umsturzbereit macht. Er muß ausgerottet werden, weil er mit Hilfe einer rassefremden und entwurzelten Intellektualität eine „Ueberfremdung" der Leitung der deutschen Arbeitermassen herbeigeführt hat und sie von den Idealen eines deutschen Staates und einer deutschen Wirtschaft fernhält.

Womit will der Nationalsozialismus das marxistische Dogma in der Denkweise des Arbeiters ersetzen?

Vor allem heißt es, den Arbeiter mit dem neuen Gemeinschaftsgeist zu erfüllen. Wie schon die vormarxistischen Sozialisten (Owen) es ausdrückten: der einzelne soll zu Wohlstand kommen, aber dieses Ziel ist für ihn nur erreichbar, wenn er für das Glück der Gesamtheit arbeitet. Dieser Gedanke ist von Hitler von vornherein mit an die Spitze seiner Sozialpolitik gestellt worden, wenn er betont, daß der Arbeiter nur in der Blüte der nationalen Wirtschaft sein eigenes Glück finden könne. In diesem Leitsatz tritt neben die Anerkennung des persönlichen Rechts des Arbeiters auf lebenswerte Bedingungen das organische Grundprinzip der ganzen Bewegung.

Die Bewegung des 20. Jahrhunderts ist im inneren Kern eine revolutionäre, weil sie eine soziale Umwälzung größten Stils herbei-

führt. Die französische Revolution leitete die Herrschaft des dritten Standes ein. Die neue Bewegung greift tiefer. Aeußerlich dokumentiert sie sich als Emanzipation des vierten Standes. Wie dieser grundlegende Gedanke aber aufgefaßt und verwirklicht wird, darin liegt das Glück oder die Katastrophe der Menschheit. Die Herrschaft des Bürgertums darf nicht von einer Diktatur des Proletariats abgelöst werden, wie es Kommunismus und Bolschewismus versuchen. Nicht das Proletariat als Klasse soll die Herrschaft ausüben, sondern die Gemeinschaft aller wertvollen und werteschaffenden Volksgenossen. Wie die Steinschen Reformen die Gedanken des blutigen französischen Revolutionärtums in friedliche und befreiende Tat umsetzten, so sucht der Nationalsozialismus heute die wilden Triebkräfte des Sozialismus zu veredeln. Der vierte Stand, der im nationalsozialistischen Staat auf den Platz gestellt werden wird, der ihm nach der produktivistischen Einstellung dieses Staatswesens zukommt, ist nicht der Handarbeiterstand allein. Er ist die gesamte Produzentenschaft: Arbeiter und Unternehmer zusammengefaßt. Existiert noch eine soziale Kampffront, so wendet sie sich nicht gegen den Arbeitgeber, den mit dem Arbeitnehmer nur gleichgerichtete Interessen verbinden, sondern gegen das Finanzkapital und dessen internationale und antinationale Interessenpolitik.

Auch der einfache Arbeiter als Persönlichkeit wird auf diese Weise — was ihm im kapitalistisch-marxistischen Staatswesen völlig abgeht — von neuer Würde umkleidet. Er ist kein reiner Lohnwerker mehr, sondern wie es die „Carta del Lavoro" ausdrückt: „ein aktiver Mitarbeiter der wirtschaftlichen Unternehmung". Diese Mitarbeiterschaft findet einen vielfachen Ausdruck. Der Nationalsozialismus wie der Faschismus verwerfen die Betriebsdemokratie, ausgehend von dem Grundsatz, daß es im Betriebe wie in den andern Lebensverhältnissen nur eine einheitliche Kommandogewalt geben dürfe. Dafür steht der Arbeiterschaft in ihren Vertretern die paritätische Mitwirkung zu an der Festlegung der großen Richtlinien der Produktion, die im Wirtschaftsparlament stattfindet. Die Kraftzelle des Arbeiters, die ihn vor Unterdrückung schützt, ist die Gewerkschaft. Der Nationalsozialismus bejaht durchaus und ausdrücklich die Notwendigkeit der Gewerkschaften, und zwar sowohl als Berufs- und Interessenvertretung der Arbeiterschaft, wie als — und das ist das Neue — Teilen der organischen Wirtschaft. Sie stellen die eine Seite des ständischen Staatsaufbaues dar.

Ist die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Harmonie unter den Produzenten, auch eines der wesentlichen Erfordernisse der Bewegung, so müssen doch dem vor-

läufig noch bestehenden gefühlsmäßigen Zustand des Klassengegensatzes Konzessionen gemacht werden. Der seit Aufkommen des Industrialismus bestehende Gegensatz läßt sich nicht mit einem Federstrich, sondern erst durch die Erziehung von Generationen aus der Welt schaffen. So, wie er im Gefühl unserer Zeit noch besteht, wird ihm durch die Trennung der Berufsgruppen in Arbeitgeber und Arbeitnehmer Rechnung getragen, die an sich dem universalistischen Prinzip widerspricht. Es werden auch die Interessenkämpfe nie ganz aufhören, so wenig wie auch in der vorbildlichsten Gemeinschaft die persönlichen Streitigkeiten unter ihren Mitgliedern jemals zu vermeiden sein werden. Aber eines muß erreicht werden: Der Wirtschaftsfriede ist ebenso wie der Rechtsfriede zum obersten Prinzip zu erheben. Es muß mit der Schwere des Gesetzes gegen jeden Friedensbrecher vorgegangen werden: Streik und Aussperrung haben schweren Strafen zu unterliegen, die vorhandenen Differenzen müssen auf gütlichem Wege oder durch Richterspruch ausgetragen werden.

Die ideologische Stellung ist dann für den Arbeiter von geringem Nutzen, wenn sie nicht von den entsprechenden realen Verwirklichungen — d. h. von einer, wenn auch bescheidenen Sicherung seiner Existenz — begleitet wird. Diese Sicherung wird ihm der nationalsozialistische Staat zu verschaffen suchen. Darüber hinaus hat der Arbeiter im Zeitalter des Kapitalismus und Marxismus die materialistische Einstellung kennengelernt. Von dieser Einstellung muß er wie die andern Klassen auch herunter. Er wird im ständischen nationalsozialistischen Staat zu Opfern bereit sein, weil es in diesem Staat nicht mehr darum geht, sich in selbstsüchtigem Streben das höchstmöglichste Einkommen und die angenehmsten Lebensbedingungen zu sichern. Wo die Ideale wieder herrschen, wird der Arbeiter nicht der letzte sein, sich aus idealen Motiven zum Wohle des Ganzen Opfer aufzuerlegen. Opfer wird das nationalsozialistische Deutschland von jedem verlangen müssen, weil ohne solche kein Staat wieder aufgerichtet werden kann. Das bedeutet, ins Sozialpolitische übersetzt, Abbau übertriebener Fürsorgemaßnahmen, Verzicht auf politische Lohnforderungen. Auf der andern Seite wird aber das Existenzminimum sichergestellt werden müssen, und zwar durch eine engere Bindung des Arbeiters an der Unternehmung, als dies durch die bisherige Art des Arbeitsvertrages geschehen ist. Ferner muß die Wirtschaft in den Stand gesetzt werden, über die Inanspruchnahme der gesunden Arbeitskraft hinaus dem Arbeiter die nagende Sorge um das Alter abzunehmen. Der ethische und praktische Nutzen aus solcher Privatisierung der staatlichen Fürsorge ist für die Beteiligten wie für den Staat überhaupt nicht abzusehen. Von hier hat das soziale Reformwerk

auszugehen, bei dem sich beträchtliche Umwälzungen in Anschauungen und Praxis nicht vermeiden lassen werden.

Die Sozialdemokratie hat mit ihrem „Primat der Sozialpolitik" durch die Uebersteigerung der unproduktiven sozialen Lasten beigetragen zum Zusammenbruch der Wirtschaft, zur Verantwortungslosigkeit des Unternehmers gegenüber der ihm anvertrauten Bevölkerung und zum moralischen Niedergang der Arbeiterschaft. Die Sorge hat, wie auch der Faschismus betont, nicht bei den Kranken anzusetzen, sondern bei den Gesunden. Regierung, Unternehmertum und Arbeitervertretung werden sich im nationalsozialistischen Staat zusammensetzen müssen und werden rücksichtslos gegen sich, andere, und angebliche Menschenrechte demokratischer Herkunft dem deutschen Volke die Pest der Arbeitslosigkeit vom Halse zu schaffen haben, an der es zu ersticken droht. Weil der heutige Staat dies niemals zustande bringen kann, weil ihm der Wille wie die Macht dazu fehlen, ist er schon allein des Unterganges wert. Die Lösung ist nicht so unmöglich, wie es den Anschein hat. Man wird nicht fehlgehen mit der Voraussage, daß es bei der Meisterung dieses Problems nicht auf kluge Ratschläge ankommt, sondern einzig und allein auf die Kraft zu energischen Maßnahmen, zur Abkehr von bereits als falsch erkannten Wegen.

Um das Gesagte zusammenzufassen: Der Nationalsozialismus will den Arbeiter auf eine bessere ethische und materielle Grundlage als die bisherige stellen. Er unternimmt für ihn eine doppelte *Befreiungsaktion*:

die erste von der kapitalistischen Ausbeutung, als deren Quelle der Nationalsozialismus (in scharfem Gegensatz zum Marxismus) die inländische und ausländische, staatliche und private Plutokratie bezeichnet, — ein Druck, dem Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in gleicher Weise unterliegen, jener aber nach dem Gesetz des geringsten Widerstandes an diesen abzuleiten bestrebt ist;

die zweite aus den Fesseln einer rassefremden, haßerfüllten und selbstsüchtige Zwecke verfolgenden Intellektualität, dargestellt durch die sozialdemokratische Partei, die den Arbeiter in der proletarischen Massen- und Klassenlage zu halten bestrebt ist und seine Verwurzelung mit der Arbeitsstätte und dem Grund und Boden zu verhindern sucht.

9. Kapitel.

Der neue Unternehmerbegriff.

Der Nationalsozialismus kann in Anlehnung an die übliche — nach der richtigen Auffassung des Sozialismus als Gemeinschaftsgeist allerdings nicht ganz zutreffende — Terminologie als aristokratischer Sozialismus umschrieben werden. Die Bedeutung des Wortes ist eine doppelte: Der Arbeiter ist nicht mehr dem proletarischen Klassen- und Minderwertigkeitsgefühl anheimgegeben, auch er ist sich seiner Aufgaben im Dienste der Nation bewußt; daneben findet aber innerhalb der Produzentenklasse die Schichtung statt in Führer und Geführte, in Fähige und Minderbegabte. Arbeit ist stets ein hoher Beruf; das bedeutet indes nicht die öde Gleichmacherei des Marxismus. Der alte preußische Spruch „Suum cuique" ist eine der Hauptmaximen des Nationalsozialismus: nach seiner Leistung soll jeder auf seinen Platz gestellt und entlohnt werden.

Mit diesem Prinzip stellt der Nationalsozialismus die Rehabilitation des Unternehmertums her, das durch die marxistische und die leihkapitalistische Herrschaft des letzten Jahrzehnts mißhandelt worden ist. Die Wertung der Persönlichkeit, die dem Nationalsozialismus eigen ist, veranlaßt auch seine neugewonnene Wertschätzung der Persönlichkeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Während von mancher nationalsozialistischer Seite noch mit dem Gedanken geliebäugelt wird, die in Gesellschaftsform bestehenden Unternehmungen zu verstaatlichen, wird der „strebend sich bemühenden, ringenden Unternehmerpersönlichkeit" die höchste Anerkennung gezollt, ja eigentümlicherweise diese Anerkennung auf hervorragende Wirtschaftsführer ausgedehnt, die in rechtlicher Beziehung bekanntermaßen nichts anderes sind als abhängige Direktoren. Diese Verwirrung ist aber bezeichnend: man schätzt die starke Führerpersönlichkeit, gleichgültig, ob sie Fabrikbesitzer oder Angestellter ist. Die Persönlichkeit allein, nicht eine etwaige Veränderung der Rechtsform ist es auch, die imstande ist, die in erster Linie ethischen Wandlungen in die Praxis zu überführen, die der Unternehmerbegriff durchzumachen haben wird, und auf diesen Wegen voranzugehen.

Es kann fortan keine Rede mehr sein vom frühkapitalistischen Standpunkt des „Herrn im Hause", des kühnen Glücksjägers und skrupellosen Ausbeuters. Diese Wandlung im Unternehmerbegriff, die sich unter einsichtigen Unternehmern in beiden Erdteilen schon längst vorbereitet hatte, ist einer genaueren Betrachtung wert.

Wir bewegen uns in Deutschland zwischen Extremen. Auf der einen Seite spukt in der kapitalistischen Literatur noch immer das

Bild des ausschließlich die eigenen Interessen vertretenden, eigensüchtigen, draufgängerischen Unternehmers, wie er in der Zeit des Aufbaues der Industrie eine Rolle gespielt hat; auf der andern Seite ergehen sich die Marxisten in einer völligen Verneinung der Unternehmerfunktion. Beides ist in der heutigen Zeit eine Unmöglichkeit. Weder ist der manchesterhafte Unternehmertypus heute noch in Reinkultur zu finden, noch könnten wir auch in der organisierten Wirtschaft der Unternehmertätigkeit entraten. Die Entstehung des neuen Typus, der nicht etwa ein Produkt rein spekulativer Gedankengänge sein darf, sondern den Wandlungen der Wirtschaftsstruktur und -ideologie entspringen muß und sich auch schon zu bilden beginnt, wird vom Nationalsozialismus unterstützt und gefördert.

In welcher Richtung hat sich diese Entstehung zu bewegen? Die Unternehmerfunktion als Führung und Leitung ist auch in der Zukunft ein unentbehrlicher Teil der Wirtschaft. Der Unternehmer ist der „Erwecker produktiver Energien“, ohne den keine Arbeit und kein Brot da ist. Daß zu diesem Zwecke Privateigentum und Privatinitiative vom Nationalsozialismus bestehen gelassen werden, ist bereits ausgeführt worden. Ebenso selbstverständlich ist die Einräumung einer umfassenden und alleinigen Befehlsgewalt im Betriebe.

Zur Erläuterung der Unternehmerstellung in der nationalsozialistischen Wirtschaftstheorie muß aber tiefer gegriffen werden. Der Nationalsozialismus betont das hierarchische aristokratische Prinzip im Staatsleben wie in der Wirtschaft. Das demokratische Prinzip, unter andern Umständen eine Daseinsform, unter der sich ein Volk regieren läßt, ist durch die marxistischen Uebersteigerungen und durch die schweren, die Zusammenfassung aller Kräfte erfordernden Lebensbedingungen, unter denen das deutsche Volk zu existieren gezwungen ist, zu einem Zerrbild geworden, unter dem jeder treibt, was ihm behagt; mit entsprechendem Schaden für Staat und Wirtschaft. Aber der vergiftete Körper bereitet in sich das Gegengift: die Wiederherstellung der Autorität, nach der in Politik und Wirtschaft gerufen wird, wird wieder zu einem unentbehrlichen Faktor des Fortschrittes. Das bedeutet keinen Rückschritt oder gar Rückfall in längst überwundene Verhältnisse. Es ist nur natürlich, daß demjenigen eine Aufgabe anvertraut wird, der die erforderliche Qualifikation besitzt; ein Grundsatz, den der Bolschewismus zum Schaden der russischen Wirtschaft gänzlich außer acht gelassen hat. So erhält der Unternehmer die Kommandogewalt im Betriebe und führt sie allein, ohne das Dazwischentreten eines betriebsdemokratischen Organs, aber er hält sie nicht aus eigenem, privatem Recht. Nicht deshalb ist er der

Organisator und Führer der wirtschaftlichen Unternehmung, weil er das Eigentum an den Produktionsmitteln hat, mit denen er verfahren kann, wie es ihm paßt, sondern weil ihm seine Befehlsgewalt nur von der Allgemeinheit, vom Staat verliehen werden kann. Er ist, wie Hitler in seiner Lebensbeschreibung bemerkt, Treuhänder und Sachwalter der gesamten Volksgemeinschaft. Der Faschismus drückt sich dahin aus, daß er in der Carta del Lavoro den Unternehmer dem Staat gegenüber als verantwortlich bezeichnet für die Richtung der Produktion und Leitung des Unternehmens.

Die Idee des Unternehmers ist also um eine sehr wesentliche Seite erweitert worden: die der Verantwortlichkeit des Produzenten gegenüber der Allgemeinheit, der lehnsmäßigen Treupflicht zu ihrem Repräsentanten, dem Staat. Dieser Gedanke ist nun in seiner Erfassung und klaren Herausstellung kein neuer; er ist in jedem verantwortungsbewußten Unternehmer lebendig und hat bereits in der amerikanischen Phrase des „Social Service" einen ins Demokratische abgewandelten Ausdruck gefunden. Hat nach Max Weber die kapitalistische Unternehmertätigkeit eine auf das Puritanertum zurückgehende religiöse Wurzel, so liegt dem nationalsozialistischen Unternehmertum der Vergleich mit der feudalistischen Lehnstreue und dem altpreußischen Geist der nüchternen Diensterfüllung näher. Sie geben der Privatinitiative die sittliche Weihe. Auch in der Eigentumstheorie kann durch das Zurückgreifen auf Lehnsbegriffe tiefer geschürft werden, als es die liberale Epoche tun durfte. Sie erst geben auch dem Eigentum den sittlichen Gehalt, den weder der Individualismus noch der Marxismus anerkennen durften: der erstere nicht, weil jede Bindung im Prinzip der freien Verfügung widerspricht, der zweite deswegen nicht, weil er nur die Besitzlosigkeit als sittlichen Zustand bezeichnet.

Was der Nationalsozialismus und der Faschismus für sich in Anspruch nehmen können, ist das eine, daß sie diese neuen und lebendigen Begriffe, die in einem unter marxistisch-liberalistischem Einfluß stehenden Staatswesen nie zum vollen Durchbruch kommen können, zum Mittelpunkt ihrer Wirtschaftsverfassung machen. Der Nationalsozialismus kämpft schließlich gegen ein weiteres Charakteristikum des Unternehmerbegriffs an: die kapitalistische Solidarität, die in der Beherrschung der Produktion durch das Finanzkapital zu einem sehr einseitigen Ausdruck kommt. Er will sie ersetzen durch die produktivistische Solidarität, die uns schon bekannte Einheit von Unternehmer und Arbeiter. Zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter besteht trotz oder gerade wegen des betonten Autoritätsverhältnisses kein innerer Gegensatz. Auch der Arbeiter ist auf seinem Platz ein Sachwalter ihm anvertrauter Produktionskraft. Beide

haben für eine möglichst hohe Produktivität zu sorgen und verspüren in diesem gemeinsamen Bestreben die gemeinsame Interessenlage. Ein faschistischer Schriftsteller[12]) bringt dies treffend zum Ausdruck: „Zwischen Unternehmer und Arbeiter besteht kein zwangsläufiger Antagonismus, sondern eine natürliche Solidarität, die genährt ist von der Gemeinsamkeit der Gefühle, der Gewohnheiten, der Interessen, von der gegenseitigen geistigen Erkenntnis, von der wesensgleichen Lebensführung. Zwischen beiden kennen sie die Beschwerden des Müdeseins und der Anstrengung, die Freude am vollendeten Werk, die Freude am Aufbau. Nur der Wirtschaftsführer selbst weiß, welche Opfer, Gefahren, Duldungen die Arbeit in den Bergwerken, den Werkstätten auf den Werften und den Feldern mit sich bringt. Unternehmer und Arbeiter — und nur sie — verfolgen aus gemeinsamer Liebe für den Betrieb seine Wechselfälle, tragen zu seinem Aufblühen mit dem unablässigen Bemühen jeder Stunde bei und wissen, daß von seinem Schicksal ihre eigene Wohlfahrt und ihre Ruhe abhängen."

10. Kapitel.

Das Finanzkapital.

Es ist eine Erkenntnis der neueren Zeit, die der Nationalsozialismus früh und mit Energie aufgegriffen hat, daß in der Wirtschaft das Produktions- und das Finanzinteresse nicht immer gleichlaufende, im Gegenteil entgegengesetzte Zwecke verfolgen. Eine Reihe von hauptsächlich italienischen und französischen Schriftstellern hat hieraus und aus der andern Feststellung, daß die Interessen von Unternehmertum und Arbeiterschaft sich in Wahrheit decken, die scharf zugespitzte Parole von der Wandlung der sozialen Kampffront konstruiert: Unternehmer und Arbeiter gegen das Kapital.

Es wäre verfehlt, diese Parole in eine allgemeine Kapitalfeindlichkeit ausarten zu lassen; damit wäre der heutigen Wirtschaftsordnung, die auch der Nationalsozialismus zwar in bestimmten Erscheinungsformen, aber nicht grundsätzlich bekämpft, von vornherein der Boden entzogen. Alles, was die extremen Kapitalgegner an Theorien aufgestellt haben, um durch radikale Mittel aus der Abhängigkeit von der „internationalen Hochfinanz" herauszukommen, sind gefährliche Utopien. Es kann sich auch nach der ganzen Einstellung des Nationalsozialismus zur Wirtschaft nicht darum handeln, sie zu einem Feld

[12]) Stefano Guia, Il gestore d'Industria, Rom 1928.

für neue, besonders geldwirtschaftliche Experimente zu machen, sondern in evolutionärer Fortbildung vor allem ihren sittlichen Gehalt zu stärken und von hier aus ihr Gesicht zu wandeln. Es sei deshalb vorausgeschickt, daß die legitimen Ansprüche des Kapitals — genauer gesagt der einzelnen Kapitaleigner — auf Sicherstellung und angemessenen Nutzen nicht angegriffen werden dürfen, sondern im Gegenteil zu schützen sind.

Wogegen sich aber die neue Bewegung mit aller Entschiedenheit im Interesse des Volksganzen und der Produktion wendet und zu wenden hat, ist eines: gegen die Bestrebungen der großen Geldgeber, vor allem der Kapitalverwalter, auf Wirtschaftsbeherrschung nach ihren einseitigen Interessen. Es ist ein gesunder Instinkt, der sich in den Völkern gegen die weltumspannenden Gelüste der „Geldhändler, dieser geborenen Nomaden der Wirtschaft" (Edgar J. Jung) regt, und den die nationalen Bewegungen verkörpern.

Der Kampf der eigentlich produktiven Kräfte gegen die Uebermacht der Verfügungsberechtigten und Nutznießer von zusammengeballten Kapitalmassen, vor allem also der Banken, ist so alt wie die Geschichte der Banken als der Repräsentanten des vagierenden Leih- und Finanzkapitals, zum Unterschied von dem eigentlichen, im Unternehmen investierten Industrie- und Eigenkapital. Schon die Saint-Simonisten, die Vorläufer des Faschismus, haben den Banken das Recht bestritten, weiter als Vermittler des Kredits tätig zu sein, weil sie im Interesse einer okkulten Plutokratie arbeiteten.

Der Amerikaner F o r d macht in seiner Lebensbeschreibung „Mein Leben und mein Werk" energisch Front gegen die Einmischung der Banken in die Produktionsleitung und schreckt vor harten Worten über ihren nicht im Interesse der Produktion wirkenden Einfluß nicht zurück: „Produzieren darf nicht mit Spekulieren verwechselt werden, . . . allzuviele Bankiers mischen sich in das Unternehmertum ein."

Ein schon genannter faschistischer Schriftsteller interpretiert die Einstellung des F a s c h i s m u s dahin: „Man muß einmal den Mut haben, zu behaupten, daß in der italienischen Industrie immer noch zuviel in Finanzen gemacht wird, zuviel Dividendenpolitik, zuviel Börsenmanöver, und man vernachlässigt, was die größte Sorge dessen sein sollte, der die schwere Verantwortung und die einzigartige Ehre übernimmt, eine Industrie zu leiten: Gut, viel und billig zu produzieren. Zu viele Finanziers mischen sich in die Angelegenheiten der Industrie ein, entscheiden über die produktive Anlegung der Kapitalien, tyrannisieren die Unternehmung und führen dort eine Mentalität ein, die nicht diejenige des Produzenten, sondern diejenige des Spekulanten ist."

In der Praxis hat die faschistische Regierung eine straffe Aufsichtsgesetzgebung über die Banken und eine Verschärfung der Strafbestimmungen über unzulässige Börsen- und Finanzmanöver eingeführt[13]).

Durch die nachkriegszeitliche Kapitalknappheit der Industrie hat in Deutschland das Problem des Vordringens des Finanzinteresses in die Produktion eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Es würde weitaus den Rahmen dieser Uebersicht übersteigen, das Verhältnis von Bank und Börse zur industriellen Unternehmung näher zu beleuchten, weil es darauf ankäme, gegen landläufige, von der liberal-demokratischen, jüdisch inspirierten Presse fast heilig gesprochene Ansichten anzugehen. Das ist auch hier nicht nötig. Erkennt man die Produktion als das Zentrum der Wirtschaft, so darf man dem durch Bank und Börse anlagesuchenden Kapital, in- und ausländischem, nicht die Rolle belassen, die es sich durch die Veränderungen in den industriellen Finanzierungsgrundlagen angeeignet hat. Die Wirtschaftsmoral des Finanziers ist grundsätzlich eine andere als die des Unternehmers. Dieser ist mit seinem Betriebe verwachsen, den er nicht aufgibt, auch wenn er keine Gewinnmöglichkeiten sieht; er ist die Quelle von Arbeit und Verdienst, ein Feld von Aktivität und Vorwärtsstreben und deshalb in jedem Falle, auch im bescheidensten Maße, eine potentielle Größe der produktiven Wirtschaft. Das vagierende Finanzkapital scheut das Risiko, sucht möglichst hohen Gewinn, ist unpersönlich und rücksichtslos und daher für eine geschwächte Industrie von außerordentlicher Gefährlichkeit.

Wir erleben es in Deutschland täglich, daß nicht nur ein Unternehmen nach dem andern, sondern eine Industrie nach der andern unter die Herrschaft der Banken gerät, daß mit Hilfe der Obligation und des Kredits die absolute Herrschaft unternehmensfremder und uninteressierter Kreise über Tausende von Arbeitern und Angestellten und über oft ein Vielfaches an fixem Kapital ausgeübt wird.

Gegen die bestehenden Zustände hat allerdings die Sozialdemokratie, wiewohl sie im Namen der Arbeiterschaft daran ein sehr erhebliches Interesse nehmen sollte, überhaupt nichts unternommen. So ist der berechtigte Vorwurf entstanden, sie marschiere im Bunde mit dem international-jüdischen Kapital. Winnig faßt ihn folgendermaßen: „Wenn der jüdisch-sozialistische Literat den Landwirt und den Großindustriellen als den brutalen und begehrlichen Junker, als den rücksichtslosen Arbeiterfeind infamiert, so tut er es nicht aus antikapita-

---

[13]) Vergl. meinen Aufsatz im Völkischen Beobachter vom 6. Dezember 1930 über die Bankpolitik des Faschismus.

listischer Gesinnung — wir werden noch sehen, daß er sich mit dem Großkapital wundervoll versteht —, sondern aus dem Wissen, daß diese raumgebundenen Wirtschaftsmächte nationalpolitische Kraftmittelpunkte sind."

Der Nationalsozialismus, einstweilen unbeschwert von politischer Verantwortung, hat, abgesehen von proponierten Radikalkuren, die in der Linie des Antisemitismus und der „Brechung der Zinsknechtschaft" liegen, eine besonders beachtliche Lösung bereitgestellt: Sozialisierung der Banken.

Diese Forderung wird auch von vielen geteilt, die grundsätzlich Gegner der Verstaatlichung sind. In der Produktion, der Werteschaffung, ist die Sozialisierung anerkanntermaßen vom Uebel. Dagegen ist es auffällig, daß in der Verteilung, sei es der Güter, sei es des Kredites, die Ueberführung der Unternehmungen in staatliche Hand überall zu den ältesten (also am tiefsten empfundenen und nicht radikalisierten) sozialrevolutionären Forderungen gehört. Wie gerne populär argumentiert wird: wie dem Boden die Wertsteigerung durch die Tätigkeit der Allgemeinheit erwächst, so vermehrt sich das Kapital, das in der Verwaltung der Banken steht, automatisch dadurch, daß es der Allgemeinheit zugänglich gemacht wird, also habe die Allgemeinheit ein Anrecht auf die erzeugten Gewinne. Bei beiden erfreut sich daher die Forderung der Abschöpfung des Wertzuwachses einer außerordentlichen Zugkraft. In neuerer Zeit hat sich die Begründung der Sozialisierung etwas verschoben: nicht allein die Ausbeutung, sondern auch die ungerechtfertigten Leitungsansprüche der Finanzmacht rechtfertigen den staatlichen Eingriff in seiner schwersten und vollständigsten Form. Die urwüchsigen Angriffe der nationalsozialistischen Presse gegen das Finanzkapital enthalten gewiß keine Patentlösungen, sind aber Ausbrüche einer tiefgehenden, nicht nur in den Kreisen der Besitzlosen seßhaften Bewegung, die nicht als lächerlich oder unbeachtlich beiseite geschoben werden darf. Zu oft haben die Bankmagnaten vergessen, daß ihre Aufgabe ist, der Wirtschaft Hilfsstellung zu leisten und die ihnen anvertrauten Spargelder gut zu verwalten. Das bestehende Ressentiment ist deshalb nicht aus der Luft gegriffen; wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Der Nationalsozialismus gibt — und das ist die einheitliche Linie — klar zu erkennen, daß er nicht gesonnen ist, den Unternehmerbegriff der Produktion auf die Distribution auszudehnen. Er ist der erste Anwärter auf staatliche Macht, der die Produktionsleitung nicht den Händen des Finanzkapitals überliefern will. Dies ist die wichtigste und grund-

legendste Erkenntnis. Alles, was darüber hinaus vorgeschlagen wird, gehört ins Gebiet der Methode, über die sich diskutieren läßt.

Der Staat hat, was in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben darf, noch eine weitere Pflicht: Die Rücksichtnahme auf die Sparer, die mit dem Unternehmer das Hauptrisiko der Produktion tragen. Der Sparer und kleine Effektenkapitalist auf der einen Seite, der bedrängte und kreditbedürftige Unternehmensleiter auf der andern, das werden im nationalsozialistischen Staat die legitimen Interessen sein, für die in erster Linie eingetreten werden muß.

V. Wege der Verwirklichung.

11. Kapitel.

Grundzüge einer ständischen Wirtschaftsordnung.

Wenn bei uns, und zwar nicht nur von nationalsozialistischer Seite, der Ständestaat gefordert wird, so wird man sich darüber klar sein müssen, daß dies kein Zurückgreifen auf mittelalterliche Vorbilder bedeuten kann. Der mittelalterliche Mensch war in die Zwangsform des Gemeinschaftslebens hineingeboren und verharrte hierin Zeit seines Lebens; der moderne Mensch, Produkt seines Willens so gut wie seiner Umgebung, begibt sich nach freier Wahl in die Organisation seines Berufsstandes. Jede Epoche hat ihre Gemeinschaftsformen, die sich nicht kopieren und übertragen lassen.

Immerhin besteht ein innerer Zusammenhang zwischen jenen und unseren Zeiten. Die Menschheitsgeschichte ist die Geschichte ihres Organisationsdranges; erst als Gemeinschaftswesen tritt der Mensch in Kultur und Zivilisation ein. Stets lief die Blütezeit einer Gemeinschaftsgruppe parallel mit Zeiten des straffsten und lebendigsten Ausdrucks des Organisationsgeistes, sei es auf politischem, militärischem oder wirtschaftlichem Gebiet.

Daß dieser Geist in verschiedener Gestaltung auftritt, daß er Erschlaffungsperioden zeigt, auch einmal in seine Antithese umspringen kann, daß Formen alt werden und absterben, ist uns nichts Unbekanntes. So ist das 19. Jahrhundert die turbulente Geburt einer neuen Wirtschaft; der Beruf des folgenden wird ihre Formung sein müssen.

Der italienische Korporativismus stellt die erste konsequente Erfassung dieses Berufs unserer Zeit dar. Seine Ziele sind nach Mussolinis Definition:

1. Die Erziehung der Massen;
2. die Anerkennung der bisherigen Funktion des Kapitalismus;
3. die Unterordnung von Kapital und Arbeit unter die Suprematie der Nation;
4. die Ueberwindung des Klassenkampfes.

Es mag dahingestellt bleiben, ob damit nicht eher die politische Ausnutzung als der tiefere Sinn des ständischen Gedankens getroffen werden sollte, und ob der Faschismus seinen Inhalt überhaupt rein zum Ausdruck gebracht hat. Dies zu erörtern, hieße das Urteil des Geschichtsschreibers voraussehen, vor dessen Auge die verflossenen acht Jahre faschistischer Herrschaft eine vielleicht nicht unwichtige, aber immerhin erst die Anfangsperiode einer noch erheblichen Wandlungen unterworfenen Wirtschaftsordnung darstellen wird.

Es lassen sich schon jetzt aus der praktischen Ausführung des italienischen Experimentes einige isolierte Folgerungen von großer Bedeutung ziehen. Es ist dem Faschismus vorgeworfen worden, er habe nichts getan, als die schon vorhandenen Organisationsformen mit seinem Liktorenschild zu versehen; hierin sehe ich gerade die Stärke des Systems. Die Aufzwingung blutleerer Schemen auf eine noch nicht reife und unwillige Volkswirtschaft hat in Spanien zu einem vollkommenen Versagen geführt. Instinktiv richtig ist ferner erfaßt worden, daß in der sozialen Sphäre ein vordringlicher Ausbau zu erfolgen hatte, während derjenige der produktionspolitischen Sphäre noch sehr in den Anfängen steckt. Die theoretische Behandlung dieser Frage ging im Syndikalismus und im Rätesozialismus gerade von der umgekehrten Reihenfolge aus. Von großer realpolitischer Einsicht zeugt schließlich das Nachgeben gegenüber den noch immer starken individualistischen Trieben, wie es zutage tritt in dem paritätischen Aufbau der Wirtschaftsorganisation von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite, in dem nur indirekten Korporationszwang dadurch, daß die Mitgliedschaft in den Syndikaten eine freiwillige, dagegen die Beitragspflicht eine zwangsweise ist, schließlich in dem Verzicht auf allzu starke produktionspolitische Eingriffe. Bedenken erregen müssen aber die überaus starken, staatszentralistischen Tendenzen, die wohl romanischem Empfinden entsprechen mögen, sich jedoch auf germanisch-deutsche Verhältnisse nicht übertragen lassen. Auch wir brauchen eine Erziehungsdiktatur, aber in anderer Hinsicht als die Italiener.

In die Reihe der verfehlten Versuche sind das Rätesystem und die Sozialisierungsbestrebungen der Weimarer Verfassung einzuweisen, verfehlt schon deshalb, weil sie die Grundlage, den Gemeinschaftsgeist, vernachlässigten, eine wirtschaftsfremde und klassenkämpferische Organisation zu schaffen unternahmen und den Staat als Vorkämpfer einseitiger Interessen zu stark in den Vordergrund stellten.

Wir müssen und können von beiden lernen. Wollte man versuchen, schon heute einige *Leitsätze* zu formen, so hätten sie etwa zu lauten: Weitgehendes Zurückgreifen auf das von der Wirtschaft bereits Geschaffene, in erster Linie die vorhandenen Organisations-

formen, möglichst große Einräumung der Selbstverwaltung, jedoch offengehaltene Möglichkeiten des tatkräftigen Staatseingriffs, Abbau der Staatsaufgaben, aber grundsätzliche Oberherrschaft des Staates, verbunden mit der Festlegung einer straffen, nicht nur ideellen Verantwortung der Staats- und Selbstverwaltungsorgane.

Man wird also zunächst zu prüfen haben, inwieweit es möglich ist und angezeigt erscheint, die bestehenden Organisationen der Wirtschaft in den staatlichen Aufbau der Wirtschaft einzugliedern. Der Nationalsozialismus hat stets den Standpunkt vertreten, daß die Gewerkschaften der Arbeitnehmer als wichtige Organe des Wirtschaftslebens weiterzubestehen haben. Nur ihre Grundidee hat sich zu wandeln, wozu hin und wieder bereits Ansätze zu erkennen sind: Aus Instrumenten des Klassenkampfes haben sie sich zu Organen der legitimen Interessenvertretung und der Gemeinschaftsarbeit umzubilden. Das gleiche hat von den Arbeitgeberverbänden zu gelten. Arbeitgebervereinigungen und Gewerkschaften werden im paritätischen Zusammenwirken die erste, sozialpolitische Sphäre der ständischen Wirtschaft bilden. In ihre Verwaltung sind Arbeits- und Tarifvertragsrecht und die Sozialversicherung zu geben. Der Staat, der sich bisher in viel zu aktiver und von politischen Beweggründen durchsetzter Methode zwischen die beiden Kategorien der Wirtschaft drängte, hat die Erledigung der täglichen Geschäfte dem Zusammenwirken der beiden zu überlassen und nur zu gelegentlichem Eingreifen bereitzustehen.

Der zweite, produktionspolitische Kreis wäre, getreu dem Charakter der unternehmergeleiteten Wirtschaft, in die Regie der Unternehmerverbände zu legen. Hier wird eine Uebernahme des bestehenden Verbandswesens ohne erhebliche Umbildung und Umstellung nicht ohne weiteres möglich sein, weil die eigentlichen Interessenvertretungen des deutschen Unternehmertums viel zu wenig auf produktionspolitische Zwecke eingestellt sind. Daß hier eine spezifisch deutsche Entwicklungsform vorliegt, deren Gründe nicht interessieren, zeigt das englische Unternehmertum, dessen Interessenverbände es in weit höherem Maße verstanden haben, auch auf rein geschäftlichem Gebiete wesentliche Funktionen an sich zu ziehen. Sitz der Produktionspolitik sind in Deutschland heute Fachverbände und vor allem Kartelle. Man wird ferner überlegen müssen, ob nicht eine Beteiligung der Arbeitnehmer insofern notwendig und ratsam erscheint, als man der einheitlichen Spitze der ständischen Wirtschaft, einer Reichsständekammer mit gesetzgeberischen Funktionen auf den Gebieten des Wirtschaftlichen und Sozialen, auch Befugnisse zur Herausgabe produktionspolitischer Richtlinien allgemeiner Natur erteilt.

An einen dritten Kreis, den finanzpolitischen, könnte man denken, wenn der Wirtschaft später einmal die Aufbringung der Steuern übertragen werden sollte. Eine andere, hier einzuschließende Aufgabe wäre dann die Beschaffung und Verwaltung von Industriekrediten.

Die Verwaltung aller Einzelaufgaben wird die Schaffung einer Reihe von Sonderstellen bedingen, die teils als Gesellschaften des bürgerlichen oder Handelsrechts, teils als Rechtsträger besonderer Art aufzuziehen sein werden. Eine Behördenqualität ist möglichst zu vermeiden und überall der Charakter der Selbstverwaltung vorzuschieben; in dieser Beziehung sei an die neue italienische Form der parastatalen, d. h. halböffentlichen Institute erinnert.

Der Staat als Beamtenapparat zieht sich damit aus einem großen Teil der in der letzten Zeit usurpierten Tätigkeit zurück, einer Usurpation, die das individualistisch-materialistische Zeitalter entgegen seiner Tendenz nicht verhindern konnte, sondern im Gegenteil gefördert hat. Man kann es dahingestellt sein lassen, ob die als Selbstverwaltung bezeichnete Tätigkeit der organisierten Wirtschaft als Delegation von staatlichen Prärogativen oder als ursprünglich freiwillige Unterordnung unter später mit staatlicher Sanktion versehene selbstgeschaffene Organe zu betrachten sein wird. Der Denkweise des straffen Korporativismus erscheint nur die erste Möglichkeit angemessen, die andere entspricht aber mehr deutschen genossenschaftlichen Anschauungen. Ausdrücklich behält sich der Staat die Oberleitung und Oberaufsicht, insbesondere über die Finanzgebarung der Selbstverwaltungskörper und die auswärtige Vertretung der wirtschaftlichen Belange vor. Weit entfernt, daß daraus eine Selbstentmannung des Staates resultieren wird; es muß im Gegenteil beachtet werden, daß nur der starke, seiner Verantwortung gegenüber der gesamten Volkswirtschaft bewußte Staat die ihm zugewiesenen wirtschaftspolizeilichen und wirtschaftspolitischen Aufgaben zu erfüllen vermag. Nur er wird fähig sein, in das anfänglich noch auseinanderstrebende und an rücksichtslose Verfolgung der eigenen Interessen gewöhnte Getriebe den großen gemeinsamen Zug zu bringen. Hierbei wird er sogar die nachdrückliche Anwendung von Zwangsmitteln nicht zu scheuen haben, wie ihm überhaupt das Recht der Bestätigung gewisser Kategorien von Maßnahmen der Selbstverwaltung und ein Initiativ- und Vetorecht zustehen muß. Die Errichtung einer berufsständischen Organisation der Wirtschaft ist nicht etwa gleichbedeutend mit der Auslieferung der Nation an eine Unternehmer- oder Arbeiterinteressen oder diejenigen beider verfolgende Machtorganisation. Deshalb ist die Bezugnahme auf das faschistische Beispiel und die Bezeichnung als „berufsständischer Staat“ nicht voll

zutreffend. Die Politik hat sich der Wirtschaft anzupassen, aber nicht darf die Wirtschaft die Politik beherrschen. Der Staat hat sich aus der Wirtschaft zurückzuziehen, aber die Suprematie des Staates über die Wirtschaft, die nur einen Teil des nationalen Lebens darstellt, darf hierdurch nicht berührt werden.

Auf eines wird noch aufmerksam zu machen sein. Es wird sich nie darum handeln, von Staats wegen ein Gebäude zu errichten, das bis ins einzelnste ausgeklügelt ist und einen unwandelbaren Bestand hat. Das würde einen Schritt zur zentralistischen Kollektivwirtschaft bedeuten. Was geschehen soll, ist vielmehr eines: Formungsmöglichkeiten zu bieten und nach und nach Formen zu entwickeln, deren Keime in der Wirtschaft selbst vorhanden sind; damit auf diese Weise ein Bau ersteht, in dem die Wirtschaft, Unternehmertum wie Arbeiterschaft, sich wohlfühlen und ihren Aufgaben im Interesse des Volksganzen nachgehen können.

12. Kapitel.

Möglichkeiten einer nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik.

Versucht man, das Ziel des Nationalsozialismus in wirtschaftspolitischer Hinsicht festzustellen, so kann es nur folgendes sein: Dafür zu sorgen, daß die deutsche Bevölkerung Brot und Arbeit findet; mit andern Worten, die harmonische Ausbildung der deutschen Nationalwirtschaft zu fördern. Zu diesem Zweck darf er weder dem Einzelinteresse noch der Doktrin Konzessionen machen, er muß vorsichtig und tastend auf dem Wege der Praxis mit der Blickrichtung auf das gemeine Beste vorgehen, denn über jedem Fehltritt steht das drohende Wort „Katastrophe" geschrieben. Gibt das deutsche Volk dem Nationalsozialismus Gelegenheit, zu zeigen, was er kann und wert ist, so gibt es ihm gleichzeitig eine Blankovollmacht in die Hand. Es interessiert sich nicht mehr für theoretische und doktrinäre Lösungen, sonst hätte es beim Marxismus verbleiben können; es will nur den Erfolg, der Weg ist ihm gleichgültig.

Deutschland hat an Experimenten einer theoretischen Wirtschaftsauffassung zuliebe genug durchgemacht. Das bestehende, Kapitalismus genannte Wirtschaftssystem hat zugegebenermaßen Mängel; es hat sich aber als unmöglich herausgestellt, dieses System durch ein anderes, doktrinär ausgeklügeltes zu ersetzen: das Resultat ist der greuliche Mischmasch, der sich heute als liberalistische Wirtschaft, angeblich

sozial gemildert durch marxistische Interventionsmaßnahmen, in Deutschland breitmacht.

Wenn der Nationalsozialismus auch in den Grundzügen seiner Wirtschaftstheoretik aufbaut auf den Lehrmeinungen der organisch-universalistischen Schulen, so kann es sich selbstverständlich in der heutigen Wirtschaftspolitik nicht darum handeln, die Systeme von Adam Müller oder List in die Tat umzusetzen. Der Nationalsozialismus wird keinen verschwommenen Romantizismus pflegen, er wird vielmehr — ähnlich wie die Faschisten — eine positive Realpolitik betreiben, weil nur eine solche die Erreichung des gestellten hohen Zieles verbürgt. Das ist seine Berufung; in der Formung seiner Wirtschaftspolitik wird sich erweisen, was an vorwärtsschauender und gestaltender Kraft in ihm steckt.

Was der Nationalsozialismus zur Besserung der deutschen Lage zu bieten vermag, ist gerade das, was den heute Verantwortlichen, die sich über eine Rettung gewiß auch Gedanken gemacht haben, abgeht. Wir kranken heute an einem Uebermaß von Intellektualität und an einem Mindestmaß von Aktivität. Was wir brauchen, sind nicht die gescheiten Leute — das Angebot ist darin eher zu groß als zu klein —, sondern die energischen Führer. Die deutschen Dinge werden nicht mehr durch den Intellekt, sondern nur durch Zugreifen saniert. Was allen, selbst mit den besten Absichten behafteten Regierungen gefehlt hat, bringt der Nationalsozialismus somit als kostbarste Mitgift mit, und man möchte ihm wünschen, daß er sie sich erhalte.

Unser heutiges System krankt an den unzähligen Interessenbindungen, die jede durchgreifende Tätigkeit hoffnungslos lahmlegen. die meisten Posten unserer öffentlichen wie privatwirtschaftlichen Budgets werden heute als „starr und zwangsläufig" hingestellt, und sind es auch unter der gegenwärtigen politischen Konstellation. So wird an jenem Wenigen herumoperiert, das — gewiß nicht durch eigene Schuld! — den Panzer der Zwangsläufigkeit noch nicht umgürten konnte. Der Nationalsozialismus darf eine solche Gebundenheit auf keinem Gebiete anerkennen; alle Posten, auch die nach marxistischer Auffassung in jeder Hinsicht sakrosankten, müssen der Nachprüfung unterworfen sein.

Stehen diese Grundsätze einmal fest, so ist ihre Durchführung auf den einzelnen Gebieten eine sekundäre Angelegenheit. Es bedarf nur einer Berufung der besten zur Verfügung stehenden Kräfte und der Sorge dafür, daß das, was sie vorschlagen, hundertprozentig ausgeführt wird. Dann wird in der öffentlichen Finanzwirtschaft die Ordnung eintreten, wenn durch die Verwaltungsreform Aufgaben und Apparat der Verwaltung verkleinert, die Zahl der bewilligenden

Stellen automatisch gesenkt werden und die Reichsaufsicht in die Finanzgebarung von Reich, Selbstverwaltungskörpern und Sozialversicherungsträgern Einheitlichkeit und Sparsamkeit trägt. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand muß einer scharfen Nachprüfung unter den Gesichtspunkten der Gemeinnützigkeit und der Rentabilität unterzogen werden. Das Steuersystem bedarf einer grundlegenden Neuordnung mit den Zielen der Vereinfachung und der Schonung der privaten Kapitalbildung; denn nur die Erhaltung und Mehrung, nicht die Verteilung des vorhandenen Reichtums gibt den wachsenden Volksmassen Beschäftigung und Brot. Mit der Senkung und Verlagerung des Schwergewichts der Steuern muß eine solche der übersteigerten sonstigen Zwangsabgaben und öffentlichen Tarife eintreten. In diesen Zusammenhang gehört auch die materielle Lösung der Tributfrage deswegen, weil durch die Tribute ein entsprechend hoher Teil der deutschen Kaufkraft oder gut ein Drittel der jährlichen Kapitalbildung zerstört wird, ein Verlust, der nur durch eine Auslandsverschuldung in gleicher Höhe ersetzt werden kann. Diese Erkenntnis mit ihren Auswirkungen ist dem marxistisch beeinflußten Teil der Arbeiterschaft noch keineswegs aufgegangen, aber auch manche Gruppen der Unternehmerschaft haben bisher eine gewisse Erfüllungsfreudigkeit an den Tag gelegt. In dem beginnenden Kampf um die Revision hat die Wirtschaft im Nationalsozialismus ihren besten Wegbereiter und Helfer gefunden.

Weiterhin wird nicht zu umgehen sein, daß die von der Sozialdemokratie eingeführte Art der nachnovemberlichen Sozialpolitik fällt, die in Wirklichkeit nichts ist, als die Stabilisierung des Versorgungsstaates zur Heranzüchtung eines Lumpenproletariats. Mit andern Mitteln muß die Existenz jedes anständigen und würdigen Volksgenossen sichergestellt werden als durch die Zahlung der „Sicherheitsprämie" der Arbeitslosenunterstützung. Die ins Riesenhafte gesteigerten Auswüchse der Sozialversicherung sind energisch zu beschneiden, unter Ausschaltung des staatlichen Apparates, Aufhebung der sinnlosen Nivellierung der Versicherten und Verhütung verantwortungsloser Inanspruchnahme.

Am Lohn- und Preisproblem beißt sich das heutige Regime die Zähne aus, weil die individualistische Interessenpolitik ein Nachgeben auf beiden Seiten nicht zuläßt, vor allem aber der Staat nicht geneigt ist, den übermäßigen Anteil am Sozialprodukt zu senken, den er für sich und seine Zwecke in Anspruch nimmt. Die heutige furchtbare Zeit verlangt Opfer, und auch die Arbeiterschaft wird diese Opfer willig bringen, wenn sie einer gerechten Verteilung sicher ist und einmal ein Ende absieht. Es kann als gewiß gelten, daß der Lohnfonds erst

mit der Herabsetzung der Steuern, Soziallasten, Tarife steigen wird; eine Tatsache, die nicht zu Lohnerhöhungen, sondern zu Neueinstellungen Veranlassung sein muß. In seiner gegenwärtigen Einstellung zur Lohnpolitik scheint der Nationalsozialismus noch auf dem Boden Fordscher Anschauungen über das Verhältnis von Lohn und Kaufkraft zu stehen, während Mussolini betont, daß die Entlohnung des Arbeiters in Krisenzeiten gesenkt, in Zeiten der Prosperität dagegen gehoben werden müsse und die Anwendung fordistischer Gedanken auf unsere europäischen Verhältnisse nicht angebracht erscheine. Im Zusammenhang hiermit muß auch einmal die Frage der Subventionen von einem anderen Standpunkt als dem des aus extrem individualistischen Anschauungen genährten Horrors geprüft werden.

In der Gewerbe-, Handels- und Landwirtschaftspolitik erwarten den Nationalsozialismus eine Reihe schwerster Aufgaben, die für die deutsche Zukunft ebenfalls von ausschlaggebender Bedeutung sind. Vom Grundsatz einer nationalen Wirtschaftspolitik ausgehend, den der Nationalsozialismus auf den Schild erhebt, würde man die Erzielung einer möglichst großen Autarkie betreiben müssen. Das würde Drosselung der an sich schon übersetzten Industrie und unbedingte Förderung der Landwirtschaft bedeuten. Aehnliches hat Mussolini getan. Die Frage kann hier nicht entschieden werden, ob die daraus entstehende planmäßige Zurückziehung aus der Weltwirtschaft oder doch durchgreifende Aenderung der Handelsvertragspolitik und vor allem die großzügige innere Umsiedlung möglich und rätlich ist oder nicht. Jedenfalls darf auch diese wichtige Frage nicht vom doktrinären Standpunkt gelöst werden. Etwas anderes ist, ob dieser Zwang aus der zunehmenden Verbreitung von Zivilisation und Technik auf der Welt nicht vielleicht erneut an uns herantritt und es gut ist, sich zeitig auf ihn einzustellen. Die Form der Weltwirtschaft, wie wir sie kennen, neigt sich sichtbar ihrem Ende zu; deswegen beginnt die Industrie sich wieder der Pflege des inneren Marktes zu widmen. Ueberstürzung kann aber auf jeden Fall nur schädlich wirken. Damit darf die andere Notwendigkeit nicht verwechselt werden, daß in jedem Falle für die Landwirtschaft vordringlich etwas zu geschehen hat, die durch die zu lange Zeit auf gleicher Linie marschierenden, dem Auslande zugewandten Interessen von industriellem Unternehmertum und marxistischer Arbeiterschaft ins Hintertreffen gedrängt worden ist. Die Ausnahmestellung der Landwirtschaft wird von völkischen noch mehr als von wirtschaftlichen Notwendigkeiten bestimmt.

Eine weitere Sofort-Maßnahme ist eine scharf restriktive und überwachende Gewerbepolitik gegenüber dem Handel, den durch seine

unverhältnismäßige Aufblähung in den letzten 25 Jahren nicht wenig Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftslage trifft. Im Händlergeist, nicht etwa in der Produktionsgesinnung, hat der Individualismus in seiner unleidlichsten Form seinen Sitz. Es ist der Geist des Judentums, und aus dieser Feststellung erklärt sich der Antisemitismus der neuen Bewegung auch auf rein wirtschaftlichem Gebiet. Der Marxismus hat trotz seiner Oppositionsstellung nichts unternommen, um die Frage des Zwischenhandels einmal von Grund auf aufzurollen. Seine Konsumgenossenschaften sind von selbst in die kapitalistische Front eingeschwenkt. Größere Erfolge haben die vom industriellen Großunternehmertum eingerichteten Konsumanstalten erzielt; sie könnten daher eher zum Vorbilde dienen. Hingewiesen sei auf die faschistische Politik der Konzessionierung der Handelsbetriebe und die damit verknüpfte Lizenzerteilung und Schließung überflüssiger Unternehmungen, besonders auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels und des Vergnügungsgewerbes.

Ueber die Bankpolitik ist bereits gesprochen worden. Der Nationalsozialismus betrachtet das Bankwesen in seiner heutigen Gestalt nicht nur als eine Belastung der Produktion, sondern auch infolge seiner kosmopolitischen Einstellung als eine nationale Gefahrenquelle. Daß aber ein verständnisloses Vorgehen andere Gefahrenquellen erschließt, ist auch dem Nationalsozialismus nicht so fremd, wie es gerne und böswilligerweise behauptet wird.

Der Staat soll, wie es schon formuliert worden ist, Schirmherr der Wirtschaft sein; er darf aber nicht doktrinärer Experimentator oder Vertreter von Einzelinteressen werden. Er darf noch weniger selbst als wirtschaftendes Subjekt auftreten. Dieser fundamentale Grundsatz wird heute noch zu oft von reformatorischen Feuerköpfen verkannt. Zu wirtschaften und Risiko zu tragen, ist gerade in der organischen Wirtschaft die Aufgabe der Einzelindividuen; sie sind durch den ständischen Aufbau so in den Staatsapparat einzugliedern, daß sie als Teile dieses Apparates und seine ausführenden Organe auf dem Gebiete der Wirtschaft erscheinen. Das muß, zum Unterschied vom Liberalismus wie vom Marxismus, eines der Kennzeichen nationalsozialistischer Wirtschaftsordnung sein.

In der Führung der Wirtschafts-, der Finanz- und der Sozialpolitik bedeutet Zusammenziehung auf engsten Raum die Sammlung neuer Kraft. Wie nur die Zurückziehung auf den schärfsten Nationalismus eine Basis internationaler Zusammenarbeit verschafft, so sät eine an Geiz grenzende Sparsamkeit die Keime neuen Reichtums, und verbürgt die ethische und willige Unterwerfung unter einen harten und

unbestechlichen Staatswillens die wahre Freiheit des wirtschaftenden Individuums. So wird das neue Deutschland eine revolutionäre Wirtschaftspolitik betreiben müssen; revolutionär nicht im bolschewistisch-marxistischen Sinne des Wortes, der das Unterste zu oberst stürzt, sondern revolutionär durch seine radikale Abkehr von Methoden, die interessenpolitisch bedingt, jedoch allgemein als falsch erkannt sind. Es muß Schluß gemacht werden mit dem Verpulvern der letzten Reserven und eine machtvolle neue Ordnung geschaffen werden, die die vorhandenen Kräfte zusammenfaßt und an den entscheidenden Punkten zum Einsatz bringt. Nichts ist verfehlter, als der oft erhobene Vorwurf: Der Nationalsozialismus verfolge auf dem Gebiete der Wirtschaft eine Zerstörungspolitik; der beste Beweis hiergegen liegt in seinen Schlagworten des „organischen Aufbaus" und der „organischen Weiterentwicklung". Das Prinzip der organischen Verbundenheit hat auch die wirtschaftspolitische Reformtätigkeit zu beherrschen.

13. Kapitel.

Die deutsche Wirtschaft am Scheidewege.

Sucht man die Einwirkungsmöglichkeiten der großen revolutionären Bewegungen, die Europa erschüttern, auf Deutschland zu ergründen und die Bereitwilligkeit, ihnen nachzugeben, so wird man auf etwa folgende Formel kommen:

Die Auflösung der alten Ideale Demokratie und Liberalismus hat einen derartigen Grad erreicht, daß sie nicht mehr wiederherzustellen sind. Starke Teile der Nation, vor allem der Jugend, drängen immer stürmischer danach, neue Begriffe und frische Ideale aufgerichtet zu erhalten. Auf der positiven Seite kommt hinzu, daß der Deutsche seinen Charakter als heroisch lebender Mensch allgemach wiedergewinnt und nach einer Parole sucht, unter welcher der Befreiungskampf gegen den verheerenden Einbruch abgestandenen westlichen Geistesguts, die Versklavung durch Versailles und den Neuen Plan aufzunehmen ist.

Wer in der Lage sein wird, Deutschland in diesen Dingen eine Lösung zu zeigen, hat das Feld gewonnen.

Es ist nicht so schwer, sich auszumalen, wo die Kräfte liegen, die die deutschen Geschicke in die Hand zu nehmen bereit und fähig sind. Das Bürgertum ist in seiner heutigen politischen und ökonomischen Struktur ausgeschaltet. Es ist durch den übersteigerten Individualismus, den Händlergeist, und den Liberalismus, die Ent-

spannung aller vorwärtstreibenden Instinkte, zerrissen und erschlafft. Die in ihm vorhandenen wertvollen Kräfte gehen mit fliegenden Fahnen in andere Lager über. Die Sozialdemokratie, die in die breiten Massen getragene Versumpfung des Liberalismus, ist nichts als ein verfetteter Interessenverband, der seine Chance, wenn er überhaupt noch eine solche hatte, im Jahre 1918 gründlich verpatzte.

An den Schalen der Waage, die heute noch das Schicksal für Deutschland in der Schwebe hält, stehen nur die beiden Worte geschrieben: Kommunismus und Nationalsozialismus. Es gehörte unter Führung einer gewissen Presse bis vor kurzem zum guten Ton, mit Spott und Geringschätzung von den beiden jungen Riesen zu sprechen, die unsere Zukunft überschatten. Nichts ist alberner und gefährlicher, und es erinnert an eine tragisch endende Generation, deren Angehörige glaubten auf einem Vulkan tanzen zu dürfen.

Der Kommunismus hat allen Voraussagen zum Trotz seine Rolle für Deutschland noch lange nicht ausgespielt. Er verkörpert die elementare Welle, die seit Jahrhunderten in Intervallen die Entwurzelten und Enterbten ergreift und gegen alles anbrandet, was Besitz, Sattheit, Arriviertentum bedeutet. Seine gegenwärtige Ideologie entlehnt er dem Marxismus und dessen moskowitischer Fortbildung, dem Bolschewismus. Seine ganze Kraft wird er in Deutschland dann entfalten, wenn er es verstehen sollte, sich der nationalen Sehnsucht nach Freiheit zu bemächtigen. Schon heute mehren sich die Stimmen, die mit Leidenschaft darauf hinweisen, daß der deutsche Befreiungskampf auch diesmal nur mit östlicher Orientierung geführt werden könne.

Auf der andern Seite steht der Nationalsozialismus. Er kämpft zunächst unter ungünstigeren Vorzeichen, gegen Westen und zugleich gegen Osten. Das ist eine taktische Erschwerung, macht die Lage aber keineswegs hoffnungsloser, weil er den ungeteilten Abwehrwillen einer trotz allem großen Nation in diesem Kampf hinter sich vereinigen wird. Er predigt nicht die Befreiung durch den ökonomischen Umsturz wie der Kommunismus, sondern rüttelt vom Nationalen ausgehend den Lebens- und Freiheitswillen des sich auf sich selbst besinnenden Volkes auf.

Die Wirtschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft, ist es, der in der Entscheidung, ob Kommunismus, ob Nationalsozialismus, eine nicht zu unterschätzende Rolle zufällt. Sie wird sich darauf einrichten müssen — was durchaus noch nicht Allgemeingut ist —, daß sich nun eine andere Gruppierung und Einstellung der Geister voll-

zieht als diejenige, die im letzten Jahrzehnt bei uns traditionell geworden ist. Sie wird sogar ernsthaft mit einem radikalen politischen Systemwechsel zu rechnen haben und nicht darauf vertrauen dürfen, daß sich die kämpfenden Parteien noch auf längere Zeit die Waage halten. Die Entscheidung drängt, die an sich nicht schwerfallen kann.

Kommunismus: er hat „die Ansprüche und düsteren Träume einer bestimmten sozialen Klasse zur Doktrin, ja Weltanschauung" erhoben und bedeutet Vorrückung der Grenze Asiens bis an den Rhein, Verödung der Städte, Rückfall in überwundene Kulturstufen, Tod für Millionen.

Nationalsozialismus: er steht für Wiedererweckung des deutschen Menschen, Erneuerung der preußisch-deutschen Auffassung von Pflichterfüllung für die Gesamtheit, Arbeit und Brot — wenn auch in Kargheit — für alle.

Weniger schwungvoll gesprochen: was haben Unternehmertum und Arbeiterschaft vom Nationalsozialismus zu erwarten? Er sichert ihnen nicht die Kontinuierlichkeit des heutigen Kurses zu, von dem merkwürdigerweise im unternehmerlichen Lager soviel die Rede ist, wiewohl er nichts ist als eine Komponente widerstreitender wirtschaftlicher Anschauungen — diesen Kurs bekämpft der Nationalsozialismus gerade —, aber eine tatkräftige und kühne, jedoch das Mögliche nie aus dem Auge verlierende neue Politik. Die nationalsozialistische Wirtschaft wird ebensowenig wie die faschistische den Doktrinären ausgeliefert werden. Im Gegenteil, sie wird mit den marxistischen Experimenten aufzuräumen haben. Der Nationalsozialismus wird die einheitliche willensmäßige und politische Basis für eine fernere gedeihliche Entwicklung schaffen, nachdem die rein technischen Heilmittel des bisherigen Regimes wegen des Fehlens jener beiden unerläßlichen Voraussetzungen scheitern mußten und immer scheitern werden.

Mit einer Bewegung, die das Prinzip der Autorität betont, die dem Unternehmer die Leitung der Produktion überträgt, kann das Unternehmertum stets zu einer Verständigung kommen. Gewiß sind Differenzpunkte da, aber es wird kein Kampf mehr sein, der aufs Messer geht. Es ist kein Kampf gegen eine fremde Geisteswelt, wie sie der Marxismus darstellt, kein Anrennen gegen eine Mauer von Uebelwollen und Feindseligkeit.

Der Nationalsozialismus ist es, der zum erstenmal seit dem Aufkommen der Industrie den Versuch gemacht hat, den Arbeiter als Persönlichkeit organisch in die Produktion einzugliedern, indem er ihm eine Produzentenmoral einpflanzt. Wirtschaften heißt ihm nicht mehr,

Gewinne zu machen, sondern zum Wohl des Ganzen tätig zu sein. An einer solchen Wirtschaft kann der Arbeiter als gleichberechtigter Faktor teilhaben; in geadeltem Diensttum, nicht als fiktiver Herrscher über eine sterbende Welt.

Der Weg, auf dem das deutsche Volk vorwärts zu treiben die historische Aufgabe des Nationalsozialismus sein muß, wird kein bequemer Weg sein. Mit einer äußersten Zielbewußtheit muß er die größte Härte verbinden. Die mühsam aufrechterhaltene bürgerliche These von Lebensgenuß und Geborgenheit und die marxistische Fassade einer in Schande gewonnenen und unrühmlich behaupteten Herrschaft muß er kühl und rücksichtslos beiseiteschieben. Die heutige Generation darf er nicht schonen, um die kommenden zu retten. Der Wahnsinn und die Hoffnungslosigkeit der deutschen Gegenwart dürfen ihn nicht schrecken, sondern müssen seine Kräfte verdoppeln. Politische Gegebenheiten und soziale Ordnungen der Gegenwart gelten ihm nichts; er darf nur eine Ehrfurcht haben: vor dem, was als Unvergängliches an deutschem Wesen unter den Trümmern des Zusammenbruchs begraben liegt. Diese Ehrfurcht wird ihn auch davor bewahren, anders als behutsam und vorsichtig beim Wegräumen des erstickenden Schuttes und bei der Schaffung neuer Formen zu verfahren, damit in reiner Gestaltung und harmonischer Gliederung der neue Bau der deutschen Wirtschaft erstehe.

Anhang.

I.

Wichtige nationalsozialistische Literatur.

Adolf Hitler: „Mein Kampf." Band 1: Eine Abrechnung. Band 2: Die nationalsozialistische Bewegung. Verlag Franz Eher Nachf., München 1926/27.

— „Die Südtiroler Frage und das deutsche Bündnisproblem." Verlag Franz Eher Nachf., München 1926.

Alfred Rosenberg: „Der Mythus des 20. Jahrhunderts." Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit. Hoheneichen-Verlag, München 1930.

— „Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik." Verlag Franz Eher Nachf., München 1927.

— „Wesen, Grundsätze und Ziele der N. S. D. A. P." Verlag Franz Eher Nachf., München.

Dr. Joseph Goebbels: „Lenin oder Hitler?" Eine Rede. Streiter-Verlag (Fritz Tittmann), Zwickau i. Sa. 1926.

— „Die zweite Revolution." Briefe für Zeitgenossen. Verlag Franz Eher Nachf., München 1927.

— „Wege ins Dritte Reich." Briefe und Aufsätze für Zeitgenossen. Verlag Franz Eher Nachf., München 1928.

Graf E. Reventlow: „Deutscher Sozialismus." Alexander Duncker Verlag, Weimar 1930.

Gottfried Feder: „Das Programm der N. S. D. A. P. und seine weltanschaulichen Grundgedanken." Verlag Franz Eher Nachf., München.

In zwangloser Folge erscheint die „Nationalsozialistische Bibliothek", Herausgeber: Gottfried Feder, Verlag Franz Eher Nachf., München. Bisher liegen 24 Hefte vor.

„Nationalsozialistische Monatshefte." Wissenschaftliche Zeitschrift der N. S. D. A. P. Herausgeber: Adolf Hitler. Schriftleitung: Alfred Rosenberg. Verlag Franz Eher Nachf., München.

„Der Weltkampf", Monatsschrift für Weltpolitik, völkische Kultur und die Judenfrage aller Länder, Herausgeber: Graf E. Reventlow. Deutscher Volksverlag Dr. Ernst Boepple, München.

Das Zentralorgan der nationalsozialistischen Bewegung ist die Tageszeitung „Völkischer Beobachter", Herausgeber: Adolf Hitler. Verlag Franz Eher Nachf., München.

„Wirtschaftspolitischer Pressedienst (WPD.)." Nationalsozialistische Wirtschafts-Korrespondenz. Herausgeber: Dr. Otto Wagener. Erscheint wöchentlich. Verlag: WPD., München.

„Illustrierter Beobachter." Die wöchentlich erscheinende Bilderzeitschrift der N. S. D. A. P. Mit Aufsätzen Adolf Hitlers zu Tagesfragen. Verlag Franz Eher Nachf., München.

II.

Schriften des Verfassers.

Das Wirtschaftssystem des Faschismus. Reimar Hobbing, Berlin 1930.

Unternehmer und Arbeiter in der faschistischen Wirtschaftsidee. Reimar Hobbing, Berlin 1931.